

zu vermeiden können, wenn sie sich gegen den Provokateur gewendet hätten. Daß es sich um eine, höchst wahrscheinlich vorbereitete Provokation handelte, geht daraus ganz klar hervor, daß missäulende Provokateure den Angriff einleiteten und durchführten, während ein großer Teil des Demonstrationzuges schon vorher marschiert war.

Die Ausnutzung dieses Zwischenfalles durch den Anzeiger läßt auch erkennen, daß die Kreise, die mit dem Anzeiger in Verbindung stehen, auf Zwischenfälle geradezu gewartet hatten.

Es zeigt sich, daß mit diesen Provokationen den Bestrebungen auf das Verbot des RWB und der KPD Vorschub geleistet werden sollte und spielte hier wohl mehr Kräfte zusammen als nur die privaten Stahlhelmschleichen.

Die gesamte Arbeiterschaft wird diese Provokationen abzuwehren wissen. Sie wird den Angriff auf die Rote Front zurückweisen. Die gesamte Arbeiterschaft wird sich um so fester um die Rote Front scharen, sie wird mit ihrer ganzen Kraft zur Roten Front stehen und alle Angriffe der Reaktion zunichte machen.

Glanzender Aufmarsch der Berliner Jugend

Im Zeichen des Volksentseides — SAJ tritt über

Berlin 2. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand das proletarische Berlin im Zeichen des 14. Internationalen Jugendtages, zu dem der RWB und die Rote Jungfront aufgerufen hatten. Zwischen 16 und 17 Uhr füllte sich der Kütziner Platz mit den anmarschierenden Kolonnen der kommunistischen Jugend und der Roten Jungfront, die mit Gesang und zahlreichen Kapellen anrückten. Großen Jubel erregten die neben vielen Transparenten mitgeführten Modelle von Panzerkreuzern und Bombenflugzeugen, die in satirischer Form die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus und der Sozialdemokraten illustrierten. So sah man besonders in dem Zuge der Wedding' Jugend zahlreiche Panzerkreuzer, darunter die Kreuzer A und B. Die Transparente hatten Aufschriften, wie „Karl Liebknecht lebt unsterblich! Der Feind steht im eigenen Lande! Es lebe Räte-Deutschland! Statt Panzerkreuzer freie Vermittel! Werft Bomben — wir haben Hunger! Wir fordern Wohnungen statt Panzerkreuzer! Ausbeutung und Krieg sind der Jugendhölle der kapitalistischen Gesellschaft!“

Nach 18 Uhr erfolgte der Abmarsch der Züge von ungefähr 15 000 Jungarbeiterinnen und Jungarbeiterinnen nach dem Stadion. Er gestaltete sich unter stürmischem Beifall der etwa 25 000 Teilnehmer umfassen der Menge zu einer hinreichenden Demonstration. Lang anhaltender Jubel und Händeklatschen begrüßte den Zug der übergetretenen SAJ-Mitglieder, der mit dem Gruß „Heil Wollfaut!“ antwortete.

Sachsituation in Fürstentwalde

Fürstentwalde, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Samstag beteiligten sich etwa 3000 Personen. Beim Empfang am Sonnabend wurde der Vorplatz des Bahnhofs und die anliegenden Straßen von der Fürstentwälder Arbeiterschaft umläuft. Fürstentwalde ist bekanntlich eine Arbeiterstadt mit Arbeitermehrheit. Trotzdem hat der Bürgermeister Stell die Kundgebungen der Arbeiterschaft verboten. Am Sonnabend abend fand ein Festzug statt, bei dem genau wie auf dem Bahnhof die Sachsituation von den Arbeitern verhöhnt wurden. Ein Arbeiterhaus, das rot geflaggt hatte, wurde von den Sachsituation mit brennenden Fackeln bombardiert. Am Sonntag fand ein Umzug durch die Stadt statt, bei dem die Stahlhelmer außerordentlich provozierend waren. Verschiedene Arbeiter, die in Niederdruck gegen den Stahlhelm andrangen, wurden angegriffen. Die Polizei stand auf der Seite des Stahlhelms und sah dem Treiben zu. Eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zum Teil mit Messertischen von den Sachsituation schwer verletzt. Erst als der Stahlhelm dazu überging, das Reichsbanner, das ebenfalls Spalier bildete und die es begleitenden Polizeimannschaften fälschlich anzugreifen, sah sich die Polizei genötigt, gegen den Stahlhelm vorzugehen. Die Polizei wurde vor einem Standquartier der Sachsituation mit Biergläsern und Bierflaschen beworfen. Die Arbeiter machten in der Stadt GegenDemonstrationen.

Der französische Handelsminister Botanowski abgestürzt und verbrannt

TU Genf, 2. September.

Die französische Delegation auf der Genfer Völkervereinigung hat heute die Nachricht erhalten, daß der französische Handelsminister Botanowski heute früh mit einem Flugzeug abgestürzt ist, wobei die vier Insassen, darunter der französische Handelsminister, verbrannten. Das Flugzeug soll beim Aufschlag auf dem Boden sofort in Flammen aufgegangen sein, so daß keiner der vier Passagiere sich aus dem Flugzeug retten konnte. Man nimmt an, daß Botanowski sich auf dem Rückflug von Campigny nach Paris befand.

Neue Enthüllungen über den Panzerkreuzerbeschuß der SPD-Minister

Die Minister des Bürgertums waren überrascht

Berlin, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Welt am Montag erklärt: Aus nichtsozialdemokratischen Kreisen, die uns nahe stehen, wird uns geschrieben: Vielsach wird zur Erklärung des sonst unerklärlichen Verhaltens der sozialdemokratischen Minister die Lesart verbreitet, es handelte sich bei der Entscheidung am 10. August um einen Druck der Volkspartei und des Zentrums, oder wenigstens um vorherige Abmachungen zwischen den sozialdemokratischen Ministern und ihren Kollegen vom Zentrum und von der Volkspartei.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Herren Curtius und von Guérard am meisten über den solchen Verlauf der Sitzung überrascht waren. Sie waren durchaus auf Widerstand ihrer sozialdemokratischen Kollegen gefaßt gewesen. Was dann geschehen wäre, läßt sich nicht sagen, aber der Widerstand erfolgte gar nicht.

Die bürgerlichen Parteiminister können sich die Passivität der sozialdemokratischen Minister nur so erklären, daß es General Groener schon vorher gelungen war, die Herren von der Sozialdemokratie für seinen eigenen Standpunkt zu gewinnen. Daß dabei auch die Person Hindenburg eine Rolle gespielt hat, wird angenommen.

Ein Irrtum ist es, anzunehmen, der Beschluß vom 10. August habe sich zwangsläufig aus der tatsächlichen Lage ergeben. Selbst ohne den Beschluß des Reichstages wäre das Kabinett in der Lage gewesen, die Herausgabe der vom Reichstag beschlossenen 9,3 Millionen hinauszuschieben und eine neue Stellungnahme des neuen Reichstages abzuwarten. Das Kabinett konnte die 9,3 Millionen ja vom alten Reichstag bewilligen lassen, aber es brauchte es nicht.

Mit der Veröffentlichung der Welt am Montag wird noch einmal unterstrichen, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Koalitionsminister nicht auf irgendwelchen Druck der bürgerlichen Kabinettsmitglieder erfolgte, daß selbst nicht einmal die

Der Aufmarsch der 5000

Das kann vorausgeschickt werden: Seit Jahren hat Dresden keine solch machtvolle, von Entschlossenheit und Kampfbegiertheit getragene Jugendkundgebung gesehen. Nicht die Sachsituation, auch nicht die SAJ waren je imstande, eine solche Kundgebung zu veranstalten.

Am Sonnabend fanden in fünf Sälen die Begrüßungsfestgebungen für die aus Leipzig erschienenen Jugendgenossen statt. Die Veranstaltungen selbst nahmen zeitlos einen glänzenden Verlauf. Bei starker Beteiligung der erwachsenen Arbeiterschaft gab es dennoch überall die außerordentlich zahlreich erschienenen Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen den Kundgebungen das Gepräge.

Im völlig überfüllten Bürgergarten spielten nach satirischen Reaktionen des Genossen Strazlewicz die Dresdner „Roten Raketen“. Geradezu hervorragend, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, ließen sie Bilder der letzten Zeit, wie zum Beispiel das Wiener Sängersfest, Kölner Turnfest und andere in glänzender satirischer Form Revue passieren. Mit großem Beifall wurden Begrüßungsansprachen des Vertreters der kommunistischen Partei, Genossen Goldhammer, des Jugendgenossen Valentin, des Vertreters des RWB, Lemmer, der Kameradin des RWB und unserer jüngsten Truppe, des JES, aufgenommen.

Im Orpheum war es vor allem die Agitprop-Truppe des Leipziger RWB, sowie Genosse Strazlewicz, die die zahlreich erschienenen Arbeiter zu Beifallstürmen harrten. Als Vertreter der KPD übermittelte dort Genosse Renner die Kampfrufe der Partei. Er hob besonders das erste Kampfbündnis, das von jeder die revolutionäre Jugend mit der kommunistischen Partei, der Führerin des Proletariats verkündet.

Der Gruß der roten Sportler

Bei der Massenkundgebung auf dem Wilhelmplatz löste das Verlesen folgenden Begrüßungsschreibens des besten Dresdner Arbeiter-Fußballvereins besondere Begeisterung aus:

Die heute tagende Volksversammlung des Dresdner Sportvereins 1910 e. V. wünscht der kommunistischen Jugend zu ihrem Jugendtag den besten Erfolg und gelobt, die Jugend in jeder Weise in ihren Bestrebungen, den Kampf gegen die Reaktion und ihre Panzerkreuzerlasken tatkräftig zu unterstützen. Frei Heil!

heraus. In kurz, kernigen Worten zeichnete er die politische Situation. Krieg dem Kriege, das war der Kampf, den Karl Liebknecht während des Völkermordes in die Massen schleuderte. Krieg dem Kriege, dem imperialistischen Kriege, das ist auch jetzt wieder die Kernforderung der Arbeiter. Die Bewilligung von Kriegskrediten durch die SPD und der Bau von Panzerkreuzern im Jahre 1928 kennzeichnen den geraden Weg der SPD als Hilfsarmee der Bourgeoisie. Der Volksentseide muß zu einer machtvollen Demonstration gegen die imperialistischen Kriegshetze und ihre Lakaien, für die Sowjetunion werden.

„Willkommen rote Soldaten der Revolution!“

Beifall leuchtete dieser proletarische Gruß im Dobrker Gasthof den jungen Kämpfern entgegen. Die Ansprachen der befreundeten revolutionären Organisationen, aus denen besonders die der Vertreterin des RWB, Olga Körner, hervorgerufen seien, sowie die aufmunternden Worte des Vertreters der kommunistischen Partei, Genossen Spengler, fanden auch hier stürmischem Beifall.

Den zweiten Teil des auch hier gelungenen Abends bestritten die Dobrker Jugendgenossen sowie der RWB, der sich auch hier wie überall durch seine guten politischen Kenntnisse die Sympathie der Arbeiter eroberte.

Im Volkshaus Ost

spielte die Agitprop-Truppe des Leipziger RWB, sowie die Roten Trommler des JES. Das internationale Gepräge des Jugendtages erhielt hier durch die Begrüßungsansprache des mit stürmischer Begeisterung empfangenen Vertreters der tschechischen kommunistischen Jugend eine besondere Note.

Auch im Sächsischen Volkshaus Ost nahm die Kundgebung einen glänzenden Verlauf.

Am Sonntag morgen fanden Führungen der Leipziger Jugendgenossen durch Dresden statt. Kurz nach 12 Uhr trafen sich in den einzelnen Stadtteilen die Demonstrationen zum Marsch nach dem Hauptplatz. Gegen 13.30 Uhr rückten unter dem Spiel revolutionärer Lieder durch die RWB-Schulmeisterkapelle

die einzelnen Züge auf dem Wilhelmplatz in Dresden-Kleist an. Während auf dem Theaterplatz die Vaterländischen Verbände mit wenigen hundert Männern der Vergangenheit nachtraueren und zu neuem Völkermorden rüsteten, marschierte hier die Junge Garde, der die Zukunft gehört trotz alledem. Mit dem Massenpiel der RWB-Schulmeisterkapelle „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Kundgebung, an der sich viele tausende junge und erwachsene Arbeiter beteiligten, eröffnet. Sowohl der Vertreter des JES des RWB, als auch der Vertreter der KPD, Genosse Renner, wiesen in ihren Ansprachen auf die drohende Gefahr eines neuen Weltkrieges hin. In scharfen Worten wurde der neue Verrat der sozialdemokratischen Partei gekennzeichnet. Aufgabe der jungen und erwachsenen Arbeiter ist es dafür zu sorgen, daß es dieser Partei nicht noch einmal gelingt, die Massen in einen imperialistischen Krieg hineinzutreiben. Sollten die Feinde unseres Vaterlandes, der Sowjetunion, es wagen, anzugreifen, so werden sie erfahren, daß die gesamte Arbeiterschaft einmütig den Henkersnotizen in die Arme fällt. Dann folgte die

feierliche Uebergabe von 60 Jugendgenossen an die KPD.

Genosse Kadel, mit stürmischem Beifall empfangen, begrüßte die jungen Mitglieder der kommunistischen Partei. Er ermahnte sie, der proletarischen Bewegung, sowie der kommunistischen Partei Treue bis zum Tode zu bewahren, immer und jederzeit der revolutionären Disziplin der kommunistischen Partei sich zu fügen, alle Kräfte und, wenn es sein muß, das Leben für die Befreiung der Arbeiterklasse einzusetzen. Mit dem Wappenspruch „Wir sind die erste Klasse“ fand die Kundgebung auf dem Wilhelmplatz ihren Abschluß.

In glänzender Ordnung setzte sich darauf ein wichtiger Demonstrationzug durch die Neustädter-Brücke

in Bewegung. An der Spitze marschierte der RWB Ostföhen. In langem Zuge zogen die jungen Revolutionäre Ostföhen in ihren schwarzen Kutten mit roten Kragen durch die Straßen. Ihnen folgte der Bezirk Westföhen, der mit über 1000 Mann vertreten war. Der JES, RWB und RWB folgten. Ein leuchtender Wall von roten Fahnen zeigte dem Zuschauer, daß hier eine Kampfruppe des Proletariats demonstriert. Auf vielen Transparenten wurden die Forderungen und Kampflösungen der Jugend den erwachsenen Arbeitern klargemacht. Neben der Forderung des Sechstages, vier Wochen Erholungsurlaub usw. war es vor allen Dingen die

„Gegen den imperialistischen Krieg, gegen Panzerkreuzerbau, für Volksentseide und Schutz der Sowjetunion!“

die der Demonstration den Kampfcharakter verliehen. Besonders originell und treffend war ein Plakat der Leipziger Jugend, das in großen Lettern verkündete: „Panzerkreuzer werden gebaut, dafür werden den Kindern die Schulpeinungen gestaut!“ Einzelne Straßen der Neustadt, wie zum Beispiel die Kiefernstraße, zeigten besonders zahlreiche rote Fahnen. In glänzender Disziplin bewegte sich der Zug durch die proletarischen Straßen des Sechstages, überall mit großer Sympathie von der Arbeiterschaft empfangen. „Ob dem tschechischen Wapenspruch“, so sang es vielstimmig aus den Reihen junger Proleten, als sie durch die Kurtföhenstraße marschierten, in der einige Sachsituation zur Feier des Sechstages die schwarzweißroten Fahnen herausgehängt hatten. Ein kleiner Zwischenfall, der sich hier ereignete, wurde Dank der guten Disziplin der Jugend schnell beigelegt. Hier, sowie auf dem Sachsenplatz zeigten sich einzelne Polizeibeamten außerordentlich nervös, während sonst überall das Gros der Beamten zurückhaltend aufgetreten war. Auf den Elbweien fand unter starker Anteilnahme die Schlussschlußkundgebung statt.

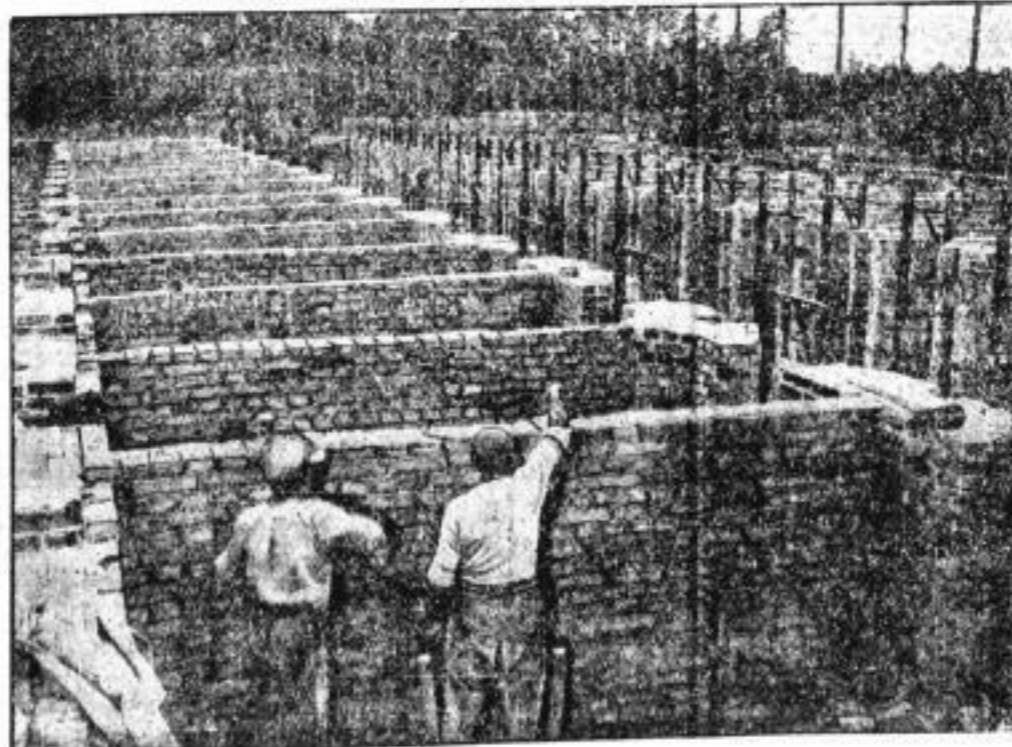
Noch einmal warb die Truppe des JES für die proletarische Sache. Während auf dem Heller die Bourgeoisie sich zum mühsigen Schauen beim Fieleser-Kunstfliegen zusammenfand, erscholl hier aus hunderterten junger Kehlen, gleichsam das Symbol des Gegenstandes dieser zwei Welten das Fliegerlied der ersten roten Arme der Welt:

Ein jeder Atem, jeder unserer Blide,
Erlebt ist jede Faier mit Entseide,
Was man uns für ein Ultimatum schide,
Wir sind zur Antwort jederzeit bereit!
Dram höher und höher und höher
Wir steigen trotz Hag und Hohn
Ein jeder Propeller singt luredend
Wir schühen die Sowjetunion!

Stürmische Begeisterung löste ein Stück, das die Willkür der Wapensentwertung karikierte, hervor. Die Roten Raketen zeigten in glänzenden Bildern das Leben der Jungproleten, zum Schluß die starke Kampfbegiertheit des revolutionären Jungproletariats für die proletarische Sache betont. Dann erklärte, die Kundgebung beschließend, aus tausenden von Arbeiterkehlen der machtvolle Kampfspruch der russischen roten Garde: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.

Stahlhelmschleiche in Dresden

Zu Ehren des Sechstages hatten sämtliche Vaterländischen Verbände unter Führung des Stahlhelms in Dresden zu einer Kundgebung auf dem Theaterplatz aufgerufen. Die Beteiligung war demnach katastrophal, daß keine bürgerliche Zeitung Zahlen anzugeben wagt. Trotz Heranziehung von auswärtigen Ortsgruppen marschierte der Stahlhelm s. B. mit ganzen 300 Uniformierten auf. Ein paar hundert Spießer hatten sich außer den Verbänden eingelunden, um die geklönte Rede eines Generallieutenants von schwarzweißroter Tribüne herab zu hören. Das Polizeiaufgebot zum Schutz vor eventuellen „Doationen“ der Bevölkerung war so stark, daß die Kundgebung mehr den Charakter einer Polizeidemonstration trug. Die Arbeiterschaft hatte jedoch wichtigeres zu tun als den Stahlhelmen ihre „Sympathie“ zu zeigen. Die demonstrierte zur selben Zeit mit der Jugend für die Lösungen der Revolution.



Nicht nur Panzerkreuzer — auch Zuchthäuser baut die Republik

Sieben Kilometer von Brandenburg wird das neue Zuchthaus gebaut, das Ende des Jahres im Rohbau seiner Vollendung entgegensteht.

Die Wirtschaftsdemokratie-Resolution des ADGB-Vorstandes

Nicht der Weg zum Sozialismus! - Der Weg zur tiefsten Verelendung und zum neuen imperialistischen Krieg.

Unter den Vorträgen des ADGB-Vorstandes zum Gewerkschaftskongress ist die wichtigste die Resolution zum Punkt 3: 'Die Demokratisierung der Wirtschaft...' In dieser Resolution wird zunächst zur Verleumdung der Arbeiter gesagt, daß der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer noch im Vordergrund stehe.

Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus.

Wenn man dazu noch nachsieht, was der ADGB-Vorstand unter der 'Demokratisierung der Wirtschaft' versteht, so wird es vollends klar, daß die reformistische Bureaucratie des ADGB die Arbeiterschaft einen Irrweg weist, um sie zu betrügen.

Nach der Theorie des ADGB hätte es also die Arbeiterklasse nicht nötig, die politische Macht zu erobern, die Kapitalisten zu enteignen und dann durch entschlossene Maßnahmen den Sozialismus zu verwirklichen. Der ADGB behauptet im Gegenteil, daß die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht nötig sei, da die Schaffung paritätisch besetzter Institutionen vollumfänglich genüge, damit wir schrittweise in den Sozialismus hineinkommen.

In folgender Weise wird in der ADGB-Resolution erklärt, was 'Demokratisierung der Wirtschaft' sein soll:

'Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Befreiung der Herrschaft, die sich auf den Kapitalismus aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturumwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum Monopol-Kapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. Der Gegensatz gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolgreich geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt.'

In diesem Kernstück der ADGB-Resolution wird also behauptet, daß der heutige kapitalistische Staat bereits die Demokratisierung der Wirtschaft durchführt, d. h. nach der Parteilinie des ADGB Schritte für den Sozialismus mache. Natürlich ist für den ADGB Gesellschaft und Staat dasselbe, er spricht von einer 'politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft' und meint damit den heutigen Staat, der Gegenkräfte gegen den Monopolkapitalismus entwickelte. Wozu also die Erlämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft? Wozu die Diktatur des Proletariats, die Karl Marx zur Verwirklichung des Sozialismus unerlässlich hielt? Nach dem ADGB-Vorstand verwirklicht schon der heutige Staat den Sozialismus.

Und die Remesse? Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft seien 'im steigenden Maße' von der privaten in die öffentliche Hand überführt worden. Wir fragen: Wo denn? Es ist für uns noch kein Sozialismus, wenn der kapitalistische Staat im Inneren der gesamten kapitalistischen Klasse etwa solche Wirtschaftszweige wie den Postbetrieb verstaatlicht. Aber selbst in dieser Beziehung leben wir in Deutschland einen Rückschlag. Die Eisenbahnen wurden aus einem Staatsbetrieb in die heutige Dorpmüller-Gesellschaft verwanbelt, absolute kommunale Unternehmungen wurden dem Privatkapital ausgeliefert. Entscheidend ist die Feststellung, daß der heutige Staat noch keinen einzigen Industriezweig dem Monopolkapitalismus entziehen hat und noch in keinem Betrieb der Ausbeutungsmöglichkeit des Privatkapitals ein Ende gemacht hat. Dagegen ist die Macht der Trustkapitalisten gewachsen und wenn der Staat seit dem Sieg der bürgerlichen Klasse über den Feudalismus ein Organ der Trustkapitalisten, die ihren Einfluß auf die Staatsmacht nie mehr mehr verlieren.

Wo wären etwa die leitenden Organe der Trusts, 'aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit' umgewandelt? Die Trustkapitalisten nutzen ihre Macht rückwärts aus, sie erhöhen rückwärts die Preise, entwickeln ein raffiniertes Antidiskriminierungs, hegen die Ausbeutung aufs höchste. Ihre wirtschaftliche, finanzielle Macht benutzen sie, um Schutzgärten wie den Stahlhelm zu schaffen, um Reichswehr, Polizei

und den ganzen Beamtenapparat der kapitalistischen Republik vollständig unter ihren Einfluß zu bringen. Das sind doch Tatsachen, die tausendmal bewiesen worden sind. Es ist auch Tatsache, daß das Trustkapital den Klassenkrieg gegen die Arbeiter immer brutaler führt und gestützt auf die Machtorgane des imperialistischen Staates die Masse der Kleinrentner ausbeutet.

Allerdings lassen sich die Trustkapitalisten auch die Hilfe der reformistischen Führer gerne gefallen und sie haben einer großen Zahl von SPD-Führern a. a. besoldete Staatsposten eingeräumt und lassen ADGB-Führer in arbeitgemeinschaftlichen Institutionen wie der Reichslohnrat teilnehmen, wo sie bei der Beschließung über Preissteigerungen mitwirken. Die Trustkapitalisten freuen sich, wenn die ADGB-Führer sie als 'Organe der Allgemeinheit' bezeichnen, die man nicht mit Streik bekämpfen dürfe. Die Trustkapitalisten freuen sich nicht minder, wenn ihre Schlichtungsinstanzen und ihre Schlichtungsordnung von den ADGB-Führern anerkannt werden und diese damit die Streikfreiheit preisgeben. Es lohnt sich so für das Trustkapital, der ADGB-Bureaucratie arbeitgemeinschaftliche Posten einzuräumen.

Es ist die Sehnsucht nach recht vielen solchen Posten, die aus der ADGB-Resolution spricht. Denn nach Aufzählung einiger nur zur Täuschung der Arbeiterschaft eingerichteter Karotten, wie 'Ermächtigung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb', stipelt die ADGB-Resolution in folgenden Forderungen:

Paritätische Vertretung der Arbeiterschaft (Mitarbeiter- und Arbeitgebervertreter) in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern.

In der Resolution wird also die weitere Schaffung von arbeitgemeinschaftlichen Körperschaften verlangt. Wenn Gewerkschaftsführer neben Unternehmen im Reichslohnrat sitzen, so ist nach der Theorie der Gewerkschaftsführer die Wirtschaftsdemokratie verwirklicht, die Löhne steigen, die Preise fallen und die Arbeiterschaft wird verklärt. Die Praxis zeigt aber das Gegenteil. Die ADGB-Führer verhindern durch Anerkennung des Schlichtungsmechanismus die Erhöhung des Reallohnes sowie die Arbeitszeitverkürzung, und helfen bei der gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter (Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung), sowie beim Preisemacher mit.

Die ganze wirtschaftsrechtliche Theorie des ADGB hat nur den Zweck, die Arbeiterschaft von der wirklichen Verklammerung ihrer Interessen, vom Weg des Kampfes abzuhalten. Die Arbeiter sollen hier denken, die letzten Kräfte für die Trustkapitalisten hängen und die imperialistische Politik der deutschen Bourgeois unterstützen. Es ist falsch, wenn der ADGB-Vorstand behauptet, er wolle den Weg zum Sozialismus zeigen. Sein Weg ist nicht der Weg zum Sozialismus, kein Weg führt zu einem anderen Ziel. Heber die Stärkung des Trustkapitalismus, über die zunehmende Verelendung breiterer Arbeiterschichten kann dieser Weg nur zu neuen imperialistischen Kriegen führen. Denn das Trustkapital, dem es gelingt, mit Hilfe der ADGB-Führer, die Hände gegenüber dem Proletariat freizubekommen, wird um so rascher dazu drängen, durch Krieg die von ihr erlebten neuen Weltmärkte zu erobern. Die 'Wirtschaftsdemokratie' ist deshalb wie der 'Burgfriede' von 1914/18. Der Burgfriede hat unter grauenvoller Verelendung der Arbeiterschaft das Kaiserreich verlängert. Der Friede mit einer Bourgeoisie, die wieder Panzerkreuzer baut, führt zu ähnlichen Folgen.

Die revolutionäre Opposition in den freien Gewerkschaften ist sich bewußt, daß unter der Diktatur des Trustkapitals der Existenzkampf der Arbeiterklasse schwerer geworden ist. Aber eben darum macht die Opposition ihre Vorschläge, die auf eine Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse hinstellen, und in denen sowohl die Mittel zur heftigen Führung der Tageskämpfe, wie der revolutionäre Weg zum Sozialismus gezeigt werden.

Es ist leicht ersichtlich, warum die ADGB-Führer den zum ADGB-Kongress gewählten Delegierten das Mandat geraubt haben. Die platte Theorie des ADGB-Vorstandes hat die proletarische Kritik zu scheuen. Aber mögen die Panzerkreuzer-Sozialisten die Stimme der proletarischen Opposition auf dem ADGB-Kongress unterdrücken, die Arbeiterschaft wird trotzdem dem Weg der Resistenz und Konfrontation nicht folgen. Sie werden die Stimme der revolutionären Opposition doch hören und sich im Kampf um sie scharen.

Kaufgastkorruption im Reichsgesundheitsamt

Berlin. Im Dezember 1926 wurden von der Berliner Kriminalpolizei eine Anzahl internationaler Kaufgasthändler ermittelt: Rogdanowski, Strafwski und Asadulaci. Sie wurden aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt und die Behörden hielten ihre Namen geheim. Später waren angeblich die Akten der Akte in Madrid verschwinden. Dabei hatte es sich um ungeheure Mengen Kaufgast gehandelt. Allein in Hamburg lagen für 10 000 Dollar Opium verhandelt, während in allen deutschen Städten jährlich insgesamt nur etwa 20 Kilo Kaufgast zu Heilzwecken verbraucht werden. Die Welt am Abend' erfährt, daß das Verfahren gegen die Gisthändler deshalb verschleppt worden ist, weil nicht eigentlich sie, sondern das Reichsgesundheitsamt die Verbrecher sind. Der Oberregierungsrat Otto Anselmino soll den Export der riesigen Mengen Kaufgast unterstutzt haben. Staatsanwaltschaftsleiter Zimmermann stellte sich von Anfang an schuldig vor das Reichsgesundheitsamt, so daß das Verfahren am 8. August 1928 eingestellt wurde, da keine Tatsachen hervorgetrieben seien, auf welche sich der Verdacht der Beteiligung gründe. Es war aber nie von einer Befreiung die Rede. Nach der Einstellung des Verfahrens gegen das Reichsgesundheitsamt ist nunmehr auf den 17. September Termin gegen die Kaufgasthändler anberaumt worden, die aber wahrscheinlich nicht erscheinen werden, da sie sich längst im Ausland befinden.

Diehische Mißhandlung eines Kommunisten durch Reichsbannerleute

Im vergangenen Sonntag veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Sophienpark in Stettin ein Fest. In der Nähe des Festplatzes befanden sich auch Reichsbannerleute und Kommunisten auf Landpropaganda in der Umgebung. Als am Abend in fruchtbarer Stimmung der SPD-Vorstand eine Rede vom Stapel ließ, rief ein Kommunist dazwischen: '20 Millionen für den Panzerkreuzer!' Das war für die Reichsbannerleute das Signal, in diehischer Weise sich auf den Kommunisten zu werfen und selbst die Frau des Genossen zu bedrohen. Die Eisenacher Volkspolizei betrat anerkennend über dem feigen Heberfall der Reichsbannerleute auf den proletarischen Kampfgenossen.

Vom Tage

100 Häuser eingeeihert. In Prag, 2. September. In der Gemeinde Gsta in der Nähe von Pörfang in der Slowakei brach in einem dem Erzbischof Karl von Olmütz gehörenden Gutshof ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit auf die ganze Gemeinde ausbreitete und ungefähr 100 Häuser und Anwesen einäscherte. Zahlreiches Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und die gesamten Wohnungseinrichtungen der Landwirte fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf ungefähr 5 Millionen Kronen geschätzt, dem nur eine kleine Versicherungssumme entgegensteht. - Ein zweiter Brand, bei dem 19 Wohnhäuser niederbrannten, wird aus Kafek gemeldet. Der Schaden ist groß und durch Versicherung nicht gedeckt.

Zwei Beamte lebend verbrannt

In Warschau, 2. September. Auf dem neuangelegten Militärlagerplatz bei Warschau brannte in der vergangenen Nacht ein Holz gebauter Wohnschuppen nieder, in dem zwei Beamte schliefen. Beide verbrannten bei lebendigem Leibe. Die Feuerwehr konnte nur noch die bis zur Unkenntlichkeit verkohlten Leichen unter den Trümmern des Gebäudes herausziehen. Das Feuer soll durch einen schadhaften Ofen entstanden sein.

20 Häuser durch eine Feuerbrunst zerstört

In London, 2. September. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat ein Großfeuer in dem Parke Royal de Gollinas in der Nähe von Valladolid 20 Häuser und die Kirche zerstört. Daneben wurde die gesamte Ernte ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf über eine Million Peseta geschätzt.

Ein amerikanischer 7000-Tonnen-Dampfer gesunken

In London, 2. September. Wie aus Portland im Staate Oregon gemeldet wird, ist der 6765 Tonnen große amerikanische Dampfer 'Floridian' mit dem amerikanischen Dampfer 'Admiral Fiske' zusammengestoßen und gesunken. Die Besatzung konnte von dem 'Admiral Fiske' gerettet werden.

Film der Woche Könige der Könige

Ausgehend von den Begebenheiten des neuen Testaments hat der amerikanische Regisseur Cecil B. de Mille in eigener Produktion einen Monumentalfilm hergestellt, der 'vom Leben, Wirken und Leiden des Heilandes' handelt. Unsere Einstellung gegenüber allen in diesem Film 'abrollenden' Ereignissen, Fragen und Problemen ist klar umrissen durch den scharfsinnigen und tiefgründigen Karl Marx: 'Religion ist Opium fürs Volk!' Diesmal ist es aber ein weit gefährlicheres Gift, was dem Publikum geboten wird. Dieser Film... erbrückt... verführt zu erdrücken. Wie eine Boa constrictor wickelt er sich um jede freie Meinung. Alle amerikanischen 'unbegrenzten' Möglichkeiten sind ausgedehnt worden dieses Ziel zu erreichen. Immense Reize, Massen von Statisten, Triumph der Technik, Kolossalbauten, unerhörter Pomp sind aufgewendet worden. Den Wissenden läßt das natürlich kalt, den Schwärmenden läßt es ein, dem Gläubigen ist es erwünschte kräftigende Speise, die Pfaffen aber locken sie ins Fäulnis. Amerika ist ja bekannt für seine sterilen und letterischen Propaganda und Bliquetterie. (Hoffenprophet!) Kommt der Prophet nicht zum Berg, so muß der Berg zum Propheten kommen! Jedem die Segnungen der Religion in den Klauen! Das Publikum wird verwirrt. Beifall dringt los (begeisterte 'objektive' Freunde dieses Filmes von 'kulturellem und erzieherischem' Wert), entrüstetes Rufen von 'Ihnen'. (Das sind jene, denen kirchliche Reminiscenzen durch die verteiltesten Gehirnspalten.) So zweifelpächtig unterminierend wirkt dieser Film. Opium fürs Volk!! Es kann ungeachtet dessen anerkannt werden, daß neben manchem echt amerikanischen kitsch bedeutsame Arbeit der Regie und der Darsteller steht. S. B. Warner hat schauspielerisch als Jesus eine ungeheure Leistung vollbracht. Eine Leistung, die sich von Anfang bis Ende unbetrübt durch den Wust des Drehbuchs durchdringt zu einer gradlinigen, persönlich durchdrungenen Schöpfung. Daneben beachtliche Schilde als hoher Priester Raphael, der Petrus des Ernest Torrence und mit sprachen, aber scheinbar Strichen der Vandalen Victor Pilatus des Victor Barconel. Bei allem aber darf nicht vergessen werden, daß dieser USA-Film aus demselben Lande stammt, das vor einem Jahr trotz des Protestes nicht nur des Weltproletariats und weiter liberaler Kreise brutalen Mord an Sacco und Vanzetti beging... getrennt dem Wahrspruch des 'Schickens' Gehäufel auch mit der Religion! Vornehm-

Szenalichtspiele

Auf dem Programm steht 'Sinderhannes'. Jedem, der diesen ausgezeichneten deutschen Film noch nicht sah, kann die Bilderfolge aus dem Leben dieses Rebellen empfohlen werden, insbesondere die reaktionären Kräfte des stantischen Schauspielhauses keine Kräfte sehen, das Stück zudem wieder auf den Spielplan zu legen. Vorbereitet wird weiter die Aufführung des Klassikers 'Das Ende von Sankt Petersburg'. Eine besondere Empfehlung ist hier wohl überflüssig.

August Forel achtzig Jahre alt

Ein großer Vorkämpfer der Wissenschaft und der Menschlichkeit ist August Forel, der am 1. September sein 80. Lebensjahr vollendet. Im Kanton Waadt geboren, wurde er 1879 Direktor der Zrenenanstalt und Professor in Zürich, was er bis 1897 blieb. Er ist gleichermäÙig bedeutend als Naturforscher (Werke über Gehirn und Seele, Die Fähigkeit der Ameisen u. a.), Seelenarzt, sozialistischer Schriftsteller und Kämpfer gemeinshaflichen Aberglaubens auf allen Gebieten. Besonders durch sein Werk über die sexuelle Frage und als unermüdlicher Streiter wider den Alkoholismus hat er sich unvergängliche Verdienste um die Menschheit erworben.

Wir wünschen dem greifen unermüdlichen Arbeiter noch eine gute Reihe frischer Arbeitsjahre und wachsenden Erfolg seiner verdienstvollen Lebensarbeit.

Richard Tauber wird in der Neuenstudierung von Lehars 'Paginini' und 'Jaschitzki', ferner als Goethe in 'Friederike' im Residenztheater im November gastieren.

„Frühlings-Erwachen!“

Tat eines - Besseren Herrn? Essen a. d. Ruhr. Die Polizeidirektion Essen erhielt vom Standesamt 2 der Stadt Essen die Nachricht, daß vor einigen Tagen ein 13-jähriges Mädchen entbunden habe. Das Kind sei gleich nach der Geburt gestorben. Die junge Mutter befindet sich in höchster Lebensgefahr. Die Polizei lekte daher sofort Nachforschungen nach dem Mütterchenhändler an und vernahm zu diesem Zwecke die junge Mutter. Der Zustand des Mädchens veränderte vorerst eine ordentliche Vernehmung. Weitere Bemühungen in der Feststellung des Vaters des Kindes entstanden dadurch, daß die Angaben der Mutter nicht einseitig, vielmehr widerspruchsvoll waren. Durch irgendeinen Umstand war der 13-jährige Bruder des Mädchens in den Verdacht der Vaterschaft gekommen. Dahingehende Bemerkungen, die das Mädchen vor der Entbindung nachharn gegenüber gemacht hatte, hielten den Verdacht. Bei der neuerlichen Vernehmung vor der Essener Kriminalpolizei gab das Mädchen nun an, im November auf dem Ehrenfriedhofe der Stadt Essen von einem fremden Manne verführt worden zu sein, und schließlich gab es an, verunglückt worden zu sein. Eine nähere Beschreibung des Täters konnte das Mädchen nicht geben. Ihrer Mutter hatte es aus Angst vor ihrem Zustande und vorher von dem angeblichen Heberfall auf dem Friedhofe nichts gesagt. Mit aller Entschiedenheit befreit es, daß der Bruder irgendeinmalen Unfug mit ihr getrieben habe. Die Angelegenheit hat nun eine weitere Verwicklung erfahren insofern, als festgestellt, daß das Mädchen sich seit jener Zeit des angeblichen Heberfalls im Besitz größerer Geldmittel befand und auf ungewöhnlich großem Fuße lebte.

Wieder eine jener blühartigen Erkelungen in dem Sumpf der heutigen Gesellschaft, der jedes frische und gesunde Leben erstickt und verpeltet. Zu besonderen Katastrophen führt es in allen Fragen der Sexualität. Es häufen sich: Kindesstötungen und Sexualdelikte aller Art. - Reichen gesellschaftlichen Zerfalls und der Gärung, die untrüglich sind.

Rundrunt

Montag den 3. September 18.30 Uhr: Konzert. 19.30-20.30 Uhr: Gastspiel für Entfänger. 20.30 Uhr: Die Kommen (Gastspiel). Die Kleinen des Tagesabends. 21.30 Uhr: Kletterer (Gastspiel). 22.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 23.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 24.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 25.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 26.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 27.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 28.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 29.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 30.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends. 31.30 Uhr: Die Kleinen des Tagesabends.

Gegen Panzerkreuzer / Für Volksentscheid

Am 28. August fand in Baumgartens Gasthof in Dresden-Siechich eine öffentliche Versammlung über „Volksentscheid und Panzerkreuzer“ statt. In der Genosse Schön, Berlin referierte. Der Versammlungsbesuch ließ erkennen, daß sich langsam, aber um so sicherer die Erkenntnis zum Klassenkampf unter den sozialdemokratischen Arbeitern durchdringt.

Genosse Schön schildert in seinem Referat die Rolle der SPD seit 1914 bis heute. An Hand von sachlichem Beweismaterial zeigt er in kurzen Zügen den schändlichen Verrat an den 9 Millionen Wählern, die am 20. Mai dieser Partei ihre Stimme gegeben haben. Die Bewilligung des Panzerkreuzers ist nicht eine Neutrennung in der Politik der Sozialdemokratischen Partei, sondern nur eine Fortsetzung der seit dem August 1914 eingeschlagenen Linie. Die vielgepriesene Koalitionspolitik beginnt ihre ersten Früchte zu tragen. Es gilt, den Kampf gegen den Bau von Panzerkreuzern energisch und aktiv aufzunehmen und den von der SPD eingereichten Volksentscheid aufs härteste zu unterstützen. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall.

Als Willensäußerung wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 28. August in Baumgartens Gasthof Siechich versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des Dresdner Westens erklären, härtesten Kampf zu wollen gegen die Rückungen des neudeutschen Imperialismus, wie sie im Panzerkreuzerbau zum Ausdruck kommen. Gegen die verräterische Haltung der SPD fordern die revolutionären Arbeiter alle Proletarier zum Kampf auf. Die Arbeiten zum Volksentscheid werden die Versammelten energisch unterstützen.

Am Schluß der Versammlung wurden alle Anwesenden aufgefordert, für die Bildung von Ausschüssen zur Durchführung des Volksentscheides in den Betrieben aktiv einzutreten.

Arbeiter des Dresdner Westens, aufgewacht!
Dieser Panzerkreuzerpolitik ein Ende gemacht,
Erkennt die Verräter, es wird höchste Zeit,
Und tretet ein für den Volksentscheid!

Hinein in die Reihen des revolutionären Proletariats!
Hinein in die SPD!

Der Wirt als Panzerkreuzerzöjialist

Herr M u d e, seines Zeichens Gastwirt und Besitzer des Restaurants „Trachenberger Hof“, Dresden-Neustadt, Trachenberger Straße, ist ein getreuer Glashüter des Verrates seiner Ministergenossen in der Panzerkreuzerfrage, oder der unerbittlichen Utopie eines „Sozialisten“.

Sehen da eines Abends mehrere Proletarier in der „Stechbierhalle“ obigen Lokals. In der Gaststube war eine „Geschlossene Gesellschaft“ — die SPD Trachenberge hatte Monatsversammlung. Die Proletarier kommen auf die politischen Tagesereignisse und den Panzerkreuzer zu sprechen, die mit an dem Tisch sitzenden SPD-Genossen verurteilen die Bewilligung der SPD-Minister, sind aber der Meinung, daß der „linke“ Edel und Genossen doch wieder die Partei retten werden! Da kommt plötzlich der Wirt an den Tisch und erucht in Anbetracht der „Geschlossenen Gesellschaft“ und des darin stattfindenden Vortrages um Ruhe.

Die diskutierenden Arbeiter sind vorerst ein wenig verblüfft ob der Zumutung des Wirtes, schon nach kurzer Zeit aber wird wieder politische Diskussion gepflogen. Rußland kommt zur Sprache, dort würden auch Kreuzer gebaut, dort herrsche Diktatur usw. Den SPD-Genossen wird eingegegnet, so lange die Imperialisten und deutschen „Sozialisten“ heulen und rufen werden unsere Genossen in Rußland auf der Hut sein müssen. Die Diktatur der Arbeiterklasse in Rußland dürfte aber mit der Parteidiktatur der SPD nicht zu vergleichen sein. Da erscheint wieder der Wirt und sagt: „Solche Debatten können er nicht in diesem Lokal zulassen, die „Geschlossene Gesellschaft“ wären keine Stammgäste und die müßte er gegen solche Reden schützen!“

Jetzt werden endlich auch die SPD-Genossen munter, sagen diesem Panzerkreuzerwirt ihre Meinung und fordern ihn auf, einmal den Vorhänden der „Geschlossenen Gesellschaft“ zu helfen. Dieses, wie auch das Fortschreiten bei dem Vorhänden zu helfen dieser Glashüter ab. Es sind alte langjährig organisierte Parteimitglieder, Funktionäre des Verbandes, Betriebsräte, so etwas ist ihnen noch nicht vorgekommen, sie legen ihre Parteibücher auf den Tisch und eruchten den Wirt, diese in der „Geschlossenen Gesellschaft“ abzugeben. Nun sind sie doch der Meinung, daß wenn schon eine Diskussion über den Verrat ihrer Minister in einem öffentlichen Parteilokal verboten ist, die Sache außerst faul steht.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Straßenbahner von Trachenberge erkennen endlich, woran ihr mit diesem wahrheitsfürchtenden Wirt und seinen „Stammgästen“ leid. Laßt euch nicht noch einmal vom „linken“ Dofar und seinen Anhängern einseifen.

Lehrlinge sind Brügelknaben und Mädchen für alles

(Bericht aus einer Dresdner Tischlerwerkstatt)

Unser Betrieb zählt drei Lehrlinge, einen Gesellen und den Meister. Wir Lehrlinge müssen früh 1/2 7 Uhr erscheinen. Die Arbeit beginnt eigentlich erst um 7 Uhr, aber vorher müssen wir häusliche Arbeiten verrichten, z. B. Holz für die Meisterin holen und ähnliches. Dann gehen wir in die Werkstatt und machen Feuer. Meist sind wir früher fertig und warten unnötig bis um 7 Uhr. Also wäre es gar nicht notwendig, schon 1/2 7 Uhr zu kommen. Trotzdem gibt es Krach, wenn wir vielleicht 5 Minuten nach 1/2 7 Uhr kommen. Der Meister selbst erscheint aber erst um 8 Uhr. Frühstückszeit haben wir nur 1/4 Stunde, so daß wir kaum unter Brot verschlingen können. Vorsichtshalber hat er uns aber schon gesagt, falls von Seiten der Behörden Erläuterungen kommen sollten, so sollen wir von 1/2 Stunde Frühstückszeit berichten, damit die festgelegten 8 Stunden nicht überschritten werden. (!)

Eigentlich ist um 8 Uhr Feierabend. Aber immer kurz vor 5 Uhr gibt er uns noch eine Arbeit oder wir müssen noch Wege laufen, so daß wir nie um 8 Uhr damit fertig werden. Hören wir einmal pünktlich auf, so kommen wir auch kaum vor 1/2 8 Uhr hinaus, da wir noch aufräumen müssen. Diese halbe Stunde wird nicht mit zu den 8 Stunden gezählt. Wenn wir 1/2 8 Uhr hinauskommen, müssen wir noch sehr froh sein.

Unser Meister fordert uns oft auf, wir sollten noch etwas weiterarbeiten. An eine Widerrede ist dabei natürlich nicht zu denken. (?) Würden wir uns vielleicht weigern, so könnte es uns schlecht gehen. (?) Bezahlt bekommen wir dafür nichts, trotzdem wir manchmal bis 1/2 8 Uhr gearbeitet haben. Auf diese Weise erpart er sich einen Gehilfen.

Ein Lehrling, der nicht so gut mit der Arbeit mitkommt, bekommt sogar ein Gehalt seines schon an sich minimalen Lohnes abgezogen. Er muß, da er nicht so geschickt ist, sich andauernd die größten Grobheiten gefallen lassen. Er bekommt Schellen und sogar Faustschläge und Fußtritte. Ohrläusen bekommen wir anderen natürlich auch und dies geschieht bei den geringsten Vergehungen. Beispielsweise bei ungeschicktem Anfaßen von Werkzeugen. (Manchmal weiß man gar nicht, weshalb man geschlagen wird.) Der eine Lehrling ist dadurch derart eingeschüchtert, daß er gar nicht wagt, selbständig zu arbeiten, weil er glaubt, bei jedem Handgriff eine Ohrfeige zu bekommen. Sonnabends müßten wir eigentlich um 2 Uhr schon gehen können. Wir hören aber erst um 2 Uhr mit der Arbeit auf und beginnen erst dann mit dem Aufräumen. Sonnabends ist aber so viel aufzuräumen und gewöhnlich sind noch mehr Wege zu besorgen, daß wir meist vor 4—5 Uhr nicht aus der Werkstatt kommen. Aber damit noch nicht genug. Er gibt uns manchmal so indirekt den

Beißt, auch am Sonntag zu kommen. Er fützt dann immer hinzu: „Du kommst natürlich freiwillig“, damit er sich nicht strafbar macht.

Dies ist nur ein kleiner Auszug von dem Leben eines Lehrlings, der von einem kleinen „Krauter“ ausgelesen wird. Uebrigens wird es höchste Zeit, daß sich die Gewerkschaften und der Holzarbeiterverband um diese Bude kümmern, damit mit den Zuständen aufgeräumt wird.

Die Lehrlinge müssen erkennen, daß sie im gemeinsamen Kampfe gegen die Unterdrücker eine Macht darstellen, wenn sie zusammenhalten und sich freigewerkschaftlich im kommunistischen Jugendverband organisieren!

Dreht die Klinten, dreht sie um!

Von Weickkopf

Und mein Hauptmann hat befohlen,
Daß ich muß ins Feld hinaus;
Hab ein Mädel lieb gewonnen,
Hab ein Mädel lieb gewonnen,
Woh hin ich geh' hier zu Haus.

Muß marschieren, muß marschieren,
Weiß nur nicht, warum, warum,
„Darf nicht fragen, dumme Trommler!“
„Darf nicht fragen, dumme Trommler!“
„Bring nur deine Krüder um!“

Komm mein Mädel, komm zum Fenster
Oben unterm Siebeldach;
Nimm mit der großen Trommel,
Nimm mit der großen Trommel,
Nimm dein Viehstier; wint ihm nach!

Und sie blüht heraus zum Fenster,
Weiß, wie einer Nase Schnee,
Weint, o weint und ringt die Hände,
Weint, o weint und ringt die Hände;
Schreien, weiden, ach, tut weh!

Fort mein Mädel, nicht zu lange
Bleiben meine Schlägel kumm;
Schlagen einen lauten Wirbel,
Schlagen einen lauten Wirbel,
„Dreht die Klinten, dreht sie um!“

Kot ist unkerer neue Fahne,
Kot wie unser warmes Blut.
Steht, Herr Hauptmann, steigt vom Pferde,
Steht, Herr Hauptmann, steigt vom Pferde,
Tut den Adler weg vom Hut!

Komm mein Mädel, komm zum Fenster,
Streu uns rote Wellen hin;
Heute kommt die rote Garde,
Heute kommt die rote Garde,
Sticht mich mit vorüberzieh.

Trommler, Trommler, rührt die Schlägel;
Fort mit Galgen und mit Seid!
Auf die Tore, auf die Gitter!
Auf die Tore, auf die Gitter!
Flug der roten Republik!

Trommler schlägt die Werbetrummel
Für die Räterepublik.
Vorwärts in die rote Garde!
Vorwärts in die rote Garde!
Nehmt die alten Klinten mit.

Pinguine im Zoo. Zu Beginn des Krieges bildete ein Trupp von Pinguinen einen wesentlichen Teil der Besetzung des Seeländers. Erst jetzt ist es gelungen, durch Vermittlung eines Landmanns ein halbes Dutzend dieser possidlichen Vögel zu erwerben. Pinguine wurden erst kürzlich anlässlich der Verträge über die Nordpolregion erwähnt, aber irrtümlicherweise. Diese flugunfähigen, mit Nockenrücken ausgestatteten Vögel kommen nur im Südpolarmeer vor, im Nordpolarmeer werden sie von den flugfähigen, ähnlich gefärbten Alken vertreten. Die scharfe Teilung der Farben; hell auf der Brust, und dunkel auf der Rückseite, ist allen Tauchvögeln eigen. Dies macht die Vögel einerseits den Besten, andererseits den Kulturtrüben unsichtbar. Die Pinguine leben an den Südpolen von Afrika und Amerika und folgen den kalten, eisreichen Küstenströmungen nachwärts. Die jetzt eingetroffenen Brillenpinguine stammen von einer dem Kap der guten Hoffnung vorgelagerten Insel, die an der westlichen Küste von Südafrika liegt. Herr Samuel Will von der Herrnhuter Missionsstation in Elm bei Kapstadt hat sie dort für den Dresdner Zoo fangen lassen.

Der Dobriker Krautjunter Findeisen vor Gericht

Wilde Richter: Wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu 180 Mark Geldstrafe verurteilt

Am 13. April d. J. brachten wir einen Artikel, der sich mit den unglaublichen Zuständen bei dem Dobriker Gutsbesitzer Findeisen beschäftigte. Die Verhältnisse spotteten jeder Beschreibung. So hatte Findeisen z. B. einem dort beschäftigten Arbeiter ohne besonderen Grund mit einem Holzspannfel so schwer auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen, daß dem Arbeiter das Blut aus dem Mund und der Nase quoll. Doch nicht genug damit — sicher um den Vorfalle zu verheimlichen oder wenigstens vertuschen zu können, hatte Findeisen den geschlagenen Arbeiter auch noch einige Stunden in ein Zimmer eingesperrt!

Trotz dieser feststehenden und z. T. durch Zeugen bewiesenen Tatsachen hat der saubere Gutsbesitzer Findeisen noch die Frechheit besessen, uns durch den berühmtesten Land- und eine Berichtigung, in der alles, aber auch alles (!) abgestritten wurde, zuzuschicken.

Jetzt hatte sich das Amtsgericht mit diesem Rohling zu beschäftigen. Charakteristisch für den Ehrenmann Findeisen ist seine Verteidigung vor Gericht. Auch hier versuchte er, nach der alten Methode, alles abzuleugnen, durchzukommen.

Der betreffende, von Findeisen geschlagene Arbeiter soll „verschiedene Drohungen“ geäußert haben, darin verneht Findeisen z. B. das der Arbeiter aufhören wollte!!

Daß er den Mann „vorübergehend“ (!) in seine Kammer eingeschlossen hatte, sei aus Notwehr geschehen. (!) Höher geht der Ignorismus dieses Menschenknechtes wohl kaum. Erst schlägt er ohne besonderen Anlaß einen Arbeiter mit dem Holzspannfel blutig, um ihn dann „aus Notwehr in eine Kammer einzusperrern“! Die vom Gericht vernommenen Zeugen bestätigten den Vorfalle, wie er nach der Anklage geschildert war.

Genosse!

Gabst du schon für den Amnestiefonds?

Noch immer sind die Listen der AGD im Umlauf! Beteilige dich an der Sammlung!

Gesundschreiber!

(Arbeiterkorrespondenz)

Infolge erhöhter Ausbeutung der Arbeiter für die Profitinteressen kapitalistischer Unternehmer steigt die statistische Ziffer von Krankheitsfällen der proletarischen Klassenmitglieder. Erkrankt ein Prolet, so erlebt er sehr oft, daß er schmerzhaft wird, so bald er seine von ihm finanzierten sozialen Institutionen in Anspruch nimmt. Viele Zeiten sollen einen Fall unter vielen charakterisieren, wie sie tagtäglich vorkommen.

Am 15. Mai 1928 erkrankte die Zigarettenmaschinenarbeiterin Sch. (Nervenzulammenbruch und Herzneurose). Der sie behandelnde Arzt Dr. Schmidt überwiegt sie am 30. Mai dem Johannstädter Krankenhaus, da sich ihr Zustand immer mehr verschlechterte. Nach 14tägigem Aufenthalt wurde Zrl. Sch. als arbeitsfähig entlassen. Auf Befragen erklärte ihr der Stationsarzt: „In Ihrem Falle läßt sich nichts weiter machen. Ich kann Ihnen doch kein neues Herz einlegen.“

Darauf begab sich Zrl. Sch. zu Dr. Schmidt, der sie vorher in Behandlung hatte. Dieser nahm nochmals eine eingehende Untersuchung vor und stellte fest, daß sie nicht arbeitsfähig sei. Schickte sie nun in das Erholungsheim Rühewig. Schon nach acht Tagen wurde sie auch von dort als arbeitsfähig entlassen, trotzdem sie mehrere Male am Tage in Ohnmacht gefallen war und ihr Zustand sich nicht wesentlich gebessert hatte. Der Arzt bemerkte noch zu ihr: „Rühewig ist nicht geeignet für Sie. Sie müßten in eine spezielle Nervenklinik.“ Er könnte sie aber nicht anders entlassen, müsse sie gesund schreiben.

In Dresden wieder angekommen, ging Zrl. Sch. zu ihrem früheren Arzt, zu Dr. Schmidt. Mit den Äheln zuckend, bemerkte dieser, er könne nichts ändern, sie müsse eben arbeiten gehen. Darauf verlangte Zrl. Sch., daß sie in Behandlung zu einem Spezialnervenspezialisten komme. Daraufhin wurde sie Dr. Böhm überwiegen. Sofort schrieb dieser sie wieder arbeitsfähig. Nach 14 Tagen wurde sie nun zum Vertrauensarzt nach der Ortskrankenkasse bestellt, der sie leibhaftig gesund kürlich. Die Folge davon war, daß die Krankenkasse jede ärztliche Behandlung und so weiter verweigerte. Dr. Böhm aber übergab diese Sache der Landesversicherung, reichte außerdem noch ein Dringlichkeitsgesuch für Zrl. Sch. ein, das eine sofortige Verabreichung nach Gotteluba ermöglichte. Das war am 9. Juli. Außerdem gab er ihr noch ein Attest, in dem ihr das Arbeiten an den Maschinen verboten wurde. Bis zum 1. August blieb Zrl. Sch. zu Hause und fiel den Eltern zur Last. In dieser Zeit begab sie sich mehrmals nach der Landesversicherung, um sich zu erkundigen, wie weit es mit dem Gesuch sei. Etliche Male wurde ihr mitgeteilt, daß kein Gesuch für sie eingelaufen sei. Es sei nichts zu finden, bis ihr dann noch mitgeteilt wurde, das Gesuch wäre da, aber infolge der vielen Gesuche müßte sie schon noch warten. Trotz ihres Zustandes ist sie gezwungen gewesen, ab 1. August zu arbeiten. Tagtäglich wird sie von Arbeitskolleginnen nach Hause gebracht, da sie noch immer Ohnmachtsanfälle bekommt.

So sehen die gepriesenen sozialen Einrichtungen unserer freien deutschen Republik aus. So werden die Mitglieder der Krankenkassen behandelt und das für ihr Geld, das jede Woche pünktlich vom Lohn abgezogen wird. Und die zuständigen Behörden sehen scheinbar dem Treiben dieser Gesundschreiber wohlwollend zu.

Schwebelbahn Polshwig. Mittwoch den 5. September wird auf der Schwebelbahn Polshwig das Seil ausgemacht, weshalb der Betrieb an diesem Tage bis etwa um 16 Uhr ruhen wird.

Unbekannter Toter. Am 29. 8. 1928 ist in Widdberg ein 35—40jähriger Mann aus der Elbe geborgen worden. Der Tote war 1,70 Meter groß, unterleht, hatte dunkelbraunes Haar, Stirnlinie, graubraune Augen, hohe Stirn, aufgeworfene Lippen, kurzschneidigen Schnurrbart und rundes Gesicht. Er trug blaue Schloßerbluse, dunkle Weste, schwarze gestreifte Hose, weißes, blau gestreiftes Hemd und schwarze, neubestickte Schuhtüfel. Mit hier als verminkt gemeldeten Verloren war er nicht in Verbindung zu bringen. Sachdienliche Mitteilungen zur Feststellung der Verloren des Toten erbittet das Landesstriminalamt, Landeszentrale für Vermisste und unbekannte Tote, Dresden, Schillingstraße 7, 3. Et., Zimmer 200, wo auch Lichtbilder und Sachverhältnisse des Toten zur Ansicht ausliegen.

Diebstähle. Freitag nachmittag ist ein unbekannter Dieb, vermutlich mit Knochenschlüssel, in eine Wohnung auf dem Körnerplatz in Polshwig eingedrungen. Gestohlen wurden: 1 fast neuer Hauser Anzug mit der Krone „Bertram Trentsch Dresden-A., Wittenberger Str. 53“, 1 blaue Hose und ein großer Koffer Korbformwäcker, die „A. S., J. S. und J. S.“ gezeichnet ist. Weiter wurde kürzlich aus der Bilderausstellung im Künstlerhaus eine Radierung ohne Rahmen, 30x50 Zentimeter groß, einen Trauendopfel darstellend gestohlen. Vor Ankauf des Diebesgutes wird gewarnt.

Das Gericht hielt Freiheitsberaubung für erwiesen, ebenso galt Findeisen der gefährlichen Körperverletzung überführt.

Wegen der ersteren Straftat erhielt Findeisen eine Geldstrafe von 30 Mark, wegen der schweren Körperverletzung 150 Mark Strafe.

Das Urteil wird überall höchstes Bestreben erregen. Wie die Strafe ausgefallen wäre, wenn ein Arbeiter sich diese Rohheitsakte hätte zuschulden kommen lassen, wird sich jeder selbst ausmalen können. Eine Geldstrafe wäre da bestimmt nicht — „in Anbetracht der furchtbaren Rohheit“ in Frage gekommen. Immerhin, daß das Gericht überhaupt zu einer Verurteilung gelangen mußte, zeigt, wie dieser „Menschenfreund“ mit seinen Leuten umgeht!

Zucht aus dem Leben

Überzunnersdorf. Vor den Eisenbahnen warf sich in der Nacht zum Donnerstag ein 20jähriger Mädchen namens Liesbeth Harig. Der Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt und der Körper furchtbar verstümmelt. Erst am nächsten Morgen wurde der Leichnam gefunden. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

Schweres Automobilunglück

Vöbau i. Sa. Ein folgenschweres Automobilunglück ereignete sich am Freitag vormittag auf der Staatsstraße Vöbau—Bauhen. Im Dorfe Eiserode versuchte eine Limousine, die aus Richtung Vöbau kam, einen anderen Personentransportwagen zu überholen, als im selben Augenblick ein dritter Wagen aus Richtung Vöbau nahte. Der Chauffeur der Limousine versuchte zu bremsen, wodurch der Wagen ins Schleudern kam und einen Baum kreiste. Der Wagen wurde etwa fünfzehn Meter weitergeschleudert und blieb im Strangengraben schwer beschädigt liegen. Alle vier Insassen wurden auf die Straße geschleudert. Zwei Herren, und zwar ein Herr Fiedler aus Bauhen und ein Herr Gerwig aus Dresden, wurden mit schweren Verletzungen in das hiesige Krankenhaus überführt. Der Zustand des einen gibt zu schwerem Bedenken Anlaß. Der Chauffeur und eine mitfahrende Dame kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Schuld trifft anscheinend den Chauffeur der Limousine, der im gefährlichen Ortsteil in äußerst scharfem Tempo zu überholen versuchte.

Vierter Bundestag der Arbeiterschützen

Oppositionelle Mandate müssen anerkannt werden — Wüste Vergewaltigungsmethoden der Reformisten — Nur mit 23 gegen 21 Stimmen wird Flegel wiedergewählt — Abwürgung eines Volksentscheidungsantrages — Kein Eintritt in den KZuSpB

Am Sonnabend dem 25. August wurde der 4. Bundestag des Arbeiterschützenbundes in Kassel eröffnet. Die SPD hatte auch dazu weitgehende Vorbereitungen getroffen. Um sich die Mehrheit der Delegierten auf dem Bundestag zu sichern, haben sogar sozialdemokratische Organisationen finanzielle Zuschüsse für sozialdemokratische Delegierte gegeben. Dennoch bestand die Mehrheit der gewählten Delegierten aus oppositionellen Genossen. Um die oppositionelle Mehrheit auf dem Bundestag in eine Minderheit zu verwandeln, hat der Bundesvorsitzende Flegel, getrieben von den Spaltungsprovokateuren in der Zentralkommission eigenmächtig und satzungswidrig, den Gauleiter, Genossen Gabel, Kassel, abgelöst, weil er als politischer Gefangener im Zuchthaus war und deshalb den Arbeiterschützenbund nicht mehr vor den Behörden vertreten konnte. Dafür beauftragte der Bundesvorstand einen Sozialdemokraten, dem er auch das Mandat für den Bundestag übertrug. Ferner wurde der Genosse Jule, Magdeburg, drei Tage vor Beginn des Bundestages ausgeschlossen, und die Ortsgruppe Hannover außerhalb des Bundes gestellt, weil sie eine Resolution gegen den Panzerkreuzerbau annahm, um damit dem Genossen Huta, Hannover, gleichzeitig das Mandat zu rauben. Auch das Mandat des parteilosen Müller, Schramberg, machte der Bundesvorstand strittig. Während der Verhandlungen mußten alle oppositionelle Mandate anerkannt werden. Es ist ganz klar, daß der Bundesvorstand nur deshalb die Mandate nicht anerkannte, um zu Beginn der Tagung die Verammlungsleitung in die Hände von Sozialdemokraten zu bringen.

Gleich zu Beginn der Tagung gab es bei der Wahl des Präsidiums lebhafteste Proteste gegen die SPD-Mehrheit. Die erste Wahl ergab 21 Stimmen für die Liste der Opposition und 21 Stimmen für die sozialdemokratische Liste. Erst die zweite Abstimmung brachte der SPD-Fraktion 1 Stimme Mehrheit. Die Wahl der Kommissionen ergab mit Ausnahme der Mandatsprüfungskommission SPD-Mehrheiten.

Vertreter der verschiedenen Arbeiterorganisationen hielten Begrüßungsansprachen, auch der Vertreter des Gewerkschaftsbundes. Dagegen wurden Begrüßungsansprachen von SPD- und KZuSpB-Vertretern abgelehnt. Der sozialdemokratische Mandatsprüfer der Stadt Kassel wünschte der Tagung „vor allem schönes Wetter“.

Der Geschäftsbericht zeigte eine Aufwärtsentwicklung von 80 auf 144 Ortsgruppen in der Geschäftszeit von 1926 bis 1928 und eine Steigerung der Mitgliederzahl von 2321 Mitgliedern auf 4266. Flegel kritisierte sehr stark die Ortsgruppen, kritisierte auch in einem Satz den Reichsbannergeneral Hering, verdammte aber um so mehr die Opposition und schmeichelte sich nicht, in freudvoller Weise den oppositionellen Genossen entsprechenden Schimpf anzuhängen. Politik gehöre nicht in den Arbeiterschützenbund. Die Aufnahme des Bundes ist nicht rot, sondern grünrot. In den Verhandlungen habe man sich mit der 2. Internationalen nicht zu beschäftigen. (Die Beschäftigung mit Politik halten die reformistischen Führer für ihr Erstgeburtstun.) Um die politischen Fragen, die die reformistischen Sportführer in den letzten Jahren gegen die Interessen einer selbständigen Massenbewegung orientierten Arbeiterschützenbewegung entschieden haben, machte Flegel einen großen Dreck.

Die Verbindungen mit dem Ausland sind dürftig. Die Schweiz lasse aus militärischen Gründen keine deutschen Arbeiterschützen nach der Schweiz, um dort schicksalhafte Wettkämpfe auszurufen. Mit Hilfe staatlicher Unterstützung werde es auch den Arbeiterschützen möglich sein, an der Wiener Olympiade teilzunehmen. Die Beziehungen zur Arbeiterschützenbewegung der Sowjetunion wurden nicht weiter aufrecht erhalten.

In Leipzig führte die Zentralkommission einen Schützenlehrkursus durch.

2. Verhandlungstag

Zu Beginn der Tagung am Sonntag wurden die Kassen- und Revisionsberichte sowie des technischen Ausschusses und Bundesauswahlschusses gegeben.

Die Bundesmeister sind: In Großalder Gau Kassel, Kleinalder Gau Erfurt, Zimmerhaken Gau Kassel, Volsenstischen Gau Frankfurt a. Main.

Ueber das Kölner Bundesfest 1927, wo noch ein Defizit von 1300 Mark vorhanden ist, berichtete Flegel.

Bevor in die Diskussion über die Berichte eingetreten wurde, hat man trotz Protest das Referat von Fud, dem Vertreter der Zentralkommission eingeladen, womit in den Geschäftsbericht die Fragen der Spaltungspolitik der Zentralkommission eingeleitet und auch zum Mittelpunkt der Diskussion wurden. Kein einziger neuer Gedanke wurde von Fud aufgeworfen. Er beschränkte sich auf das Wiederholen der Lenkbrochschle Gletsers „Der Kampf um den Bund“.

Nachdem am Sonnabendabendmittag und am Sonntagvormittag lediglich Berichte gegeben wurden, kam von der SPD-Fraktion prompt ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten, der mit 22 gegen 21 Stimmen Annahme fand. In der Diskussion begann Genosse Koch, Dresden, mit der Kritik an der äußerst mangelhaften Arbeit des Bundesvorstandes. Thomas, Breslau: Die deutschen Gewerkschaften haben noch immer für den Arbeitersport so gut wie gar nichts übrig. Das Reichsbanner hat sich durch die Gründung des republikanischen Schichtartells als eine feindliche Organisation gegen den Arbeiterschützenbund entlarvt. Die Sozialdemokraten wie Generring haben durch ihr Auftreten auf dem Deutschen Turnfest in Köln dem Arbeitersport großen Schaden zugefügt. Dieser Skandal der Agitation für die Deutsche Turnerschaft durch sozialdemokratische Führer soll durch die von den Reformisten betriebene Kommunistenbege demantet werden. Die Politik der Zentralkommission, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft mit Füßen tritt, müsse verworfen werden. Auch auf diese Tagung habe Fud die Provokationen hingetragen. Thomas verlangt ferner die Herstellung der internationalen Einheit mit der Roten Sportinternationalen und protestiert gegen die geplanten Ausschüsse der Spartakadeteilnehmer. Man, Frankfurt (SPD-Fraktionsleiter), wagt nicht die schändliche Organisationsarbeit des Bundesvorstandes zu rechtfertigen. Auch er lei mit dem frechen Brief Flegels an die Ortsgruppe Hannover nicht einverstanden. Die SPD-Fraktionsarbeit auf dem Bundestag sei notwendig gewesen. Die Politik der reformistischen Sportführer versucht er damit zu rechtfertigen, daß die Massen, die für den Arbeitersport zu gewinnen seien, nicht links, sondern rechts von der SPD stehen. Barholt, Eisen, spricht nur zur „praktischen Arbeit“. Schuber, Halle, spricht zuerst ausführlich zu der technischen Arbeit und gibt Anregungen für eine systematischere Arbeit auf dem technischen Gebiet. Gegen Fud polemisierend führt er aus, daß die Halleischen Arbeitersportvereine einmütig die Politik der SPD verwurten. Erst diese Woche haben 28 Halleische Vereine erneut einstimmig beschlossen, nur ein solches Kartell anzuerkennen, das auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Mitgliedschaft, der Wählbarkeit einer eigenen Leitung gewählt wird. Schmidt, Leipzig, rechnete scharf mit der Drehscheibenpolitik Flegels ab. Auf

dem Erlaßter Bundestag 1926 wurde einstimmig die Teilnahme an der Moskauer Spartakiade beschlossen. Am 1. November 1926 erschien in der Bundszeitung ein Aufruf zur Teilnahme an der Spartakiade. Am 1. Juli 1927 wurde wiederum aufgelöst, um die Finanzierung der Teilnahme an der Moskauer Spartakiade und des Bundesfestes in Köln, die dafür herausgegebenen Entwürfe zu vertreiben. Dann kam der Beschluß der ZK, der mit der Stimme Flegels gefaßt wurde, daß es verboten sei, an der Moskauer Spartakiade teilzunehmen. Das Verhalten Flegels müsse entschieden verurteilt werden. Jahnwaller, Erfurt, protestiert gegen die offizielle Fraktionsarbeit durch den Bundesvorsitzenden und die Verwendung von Bundesmaterial für die Fraktionsarbeit der SPD, wozu sich Flegel frech beihilft. Gabel, Kassel, bezeichnet die Arbeit und die Politik Flegels als eine Kränze- und Mühseligkeit. Der Bund Flegels in seinen Fischen an die Funktionäre sei nicht angetan, die Arbeit im Bund zu fördern. Selbst keine eigenen Parteigenossen, die nicht an seinem Strang ziehen, bezeichnet Flegel als Rammel, Thormann, Berlin, widerlegt die Angriffe gegen die Berliner Ortsgruppe. Er weist nach, daß die Berliner Ortsgruppe keine Schulden beim Bundesvorstand hat. Dafür, daß Flegel an rebellische Genossen, u. a. auch an Sackmerow und Lehlshäger Material lieferte, kann die Berliner Ortsgruppe nicht verantwortlich gemacht werden. Auch Diemer, Elmshorn, spricht gegen die Arbeit des Bundesvorstandes. Jung, Vichtenau, prangert die Konterrevolution der SPD gebührend an. Weiskauer, Karlsruhe, erzählt von Kommunistenpraktiken, von Konterrevolutionen. Daß solche Praktiken beschleunigt, konnte Weiskauer nicht belegen. Als von Frankfurt, mahnt zur Zusammenarbeit. Kuntel, Ellingen, weist die Formelle des Vorstehenden gegen die wirtschaflichen Kommunisten zurück. Fünf neue Ortsgruppen im Gau können von einer guten Arbeit. Nach kaum dreißigjähriger Diskussion wurde diese abgewürgt.

Im Schlußwort führte Fud aus, er sei immer gegen Fraktionen gewesen. Auch früher, als er noch Mitglied der SPD war. Gegen die Berliner Opposition werde die ZK den Kampf forehnen, dagegen werde mit Hilfe sich ein Weg zur Einigung finden lassen.

Flegel erklärte der Versammlungsleiter, daß an Stelle des Schlußwortes von Flegel die Wahl des Bundesvorstandes vorgenommen werde. Die SPD mußte ihre eine Stimme Mehrheit am Sonntagabend noch retten, was sie beabsichtigte, durch die Abwahl eines oder zweier Delegierter in die Minderheit zu geraten. Obgleich auch diese Mehrheit der SPD nur durch die fünf stimmberechtigten sozialdemokratischen Delegierten vorhanden ist. Die Opposition lobte den Genossen Gabel, Kassel, vor, während die SPD-Fraktion, trotz der vielen Einsprüche von Sozialdemokraten gegen Flegel, letzteren erneut zu ihrem Kandidaten machte. Mit 23 gegen 21 Stimmen wurde Flegel und die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde Frankfurt gegen Leipzig als Ort des Bundesauswahlschusses bestimmt.

3. Verhandlungstag

Zu Beginn der Montagssitzung verliest der Versammlungsleiter ein von den württembergischen Arbeiterschützen eingelaufenes Festschreiben, das von einer nach Frankfurt durchgeführten württembergischen Schichtenkommission mit einer roten Fahne an den Arbeiterschützenverein Kassel abzugeben wurde.

Darauf hält Flegel das Schlußwort. Er verspricht, daß in Zukunft ein besseres gegenständliches Zusammenarbeiten möglich sei. Es sei jetzt notwendig, den Bund finanziell zu stärken, jedoch unterläßt er es, zu den in der Diskussion aufgeworfenen Fragen sachlich und konkret Stellung zu nehmen.

Darauf werden die technischen Anträge erledigt. Gegen 1 Stimme wurde das Konterrevolutionen um Fokale verboten. Die Ausschaffung einzellicher Kolben, die 1/4 Zentimeter lange Antriebsachsen haben, wird empfohlen.

Den Bericht von der Studienberatungskommission gibt Jung, Karlsruhe, die Kommission schlägt eine Herabsetzung des Bundesbeitrages von 30 auf 20 Pfennig vor. Dagegen rebelliert der Bundesfaktierer und Bundesvorsitzende, weil sie sonst

auferstanden sind, die Schulen abtragen und die notwendigen Arbeiten durchzuführen. Zum größten Erlaunen sprach auch Fud für eine Beitragsherabsetzung. Die oppositionellen Delegierten sprachen für 30 bzw. 40 Pfennig, um die Schuldenwirtschaft zu liquidieren. Während der Diskussion um die Beiträge wird bekannt, daß Staps aus Rheinland-Westfalen von der SPD 40 Mark erhalten hat, um den Bundestag besuchen zu können.) Im Verlaufe der weiteren Diskussion spricht auch Weiskauer gegen die sonderbare Handhabung der Geschäftsführung. Thormann, Berlin, beantragt, daß der Versammlungsleiter Springer sofort sein Amt niederzulegen habe, was auch geschieht. Wie bei anderen Gelegenheiten, so zeigte sich auch jetzt, daß die Sozialdemokraten bei Abstimmungen beim Ausschließen immer eine sozialdemokratische Mehrheit herausbringen. Nach wiederholten Abstimmungen wird schließlich die Beibehaltung des 30-Pfennig-Bundesbeitrages beschlossen. Darauf spricht Genosse Koch, Dresden, daß die ganzen Vorwürfe gegen diese Frage geäußert habe, daß die ganzen Vorwürfe gegen die Opposition eine innere Verlogenheit der SPD darstellten. Ebenso wenig wie die Opposition die Arbeiterschützenbewegung spalten wolle, ebenso sei sie immer bereit, dem Bundesvorstand diejenigen Mittel zu bewilligen, die er zur Durchführung der Arbeiten notwendig hat. Der Bundestag aber zeige, daß die Spalter auf der anderen Seite liegen, die auch jetzt nicht bereit wären, mitzubekommen, neue Mittel für den Aufbau der Organisation bereit zu stellen.

Zur Taktischen Tilgung des Defizits wird auf Antrag Diemer ein Pflichtbeitrag beschlossen. Der einmalige Pflichtbeitrag wurde auf 50 Pfennig festgesetzt.

Für die Jugend- und Frauenabteilungen wird das Sogenannte eingeführt. Als Ort des nächsten Bundestages wird von den Sozialdemokraten Karlsruhe vorgeschlagen. Die Abstimmung jedoch ergab die Wahl von Elmshorn mit 20 gegen 16 Stimmen. Auf Solingen fielen nur 3 Stimmen.

Der Antrag Verhinderung mit dem KZuSpB wird abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, die die Schaffung eines einheitlichen Deutschen Arbeitersportverbandes, der alle Sportarten umfaßt und den Parteien Selbständigkeit garantiert.

Bei der Diskussion war interessant ein Brief des Arbeitersport- und Sportbundes an die Gauleitung Frankfurt, um dem herangezogen, daß der KZuSpB eine Verhinderung ablehnt. Dagegen erklärte Fud, daß er der Zentralkommission nicht einfallte, gegen eine Verhinderung zu sein, wenn eine kleinere Organisation in eine größere aufging.

Die Einführung eines neuen Bundesabzeichens wird dem Bundesvorstand überwiefen.

Das Jugendabzeichen wird auf 18 Jahre herabgesetzt.

Obgleich noch nicht alle Anträge behandelt wurden, erklärt der Versammlungsleiter Kriegerles, daß die Anträge erledigt seien. Auf verschiedene Einsprüche stellte sich heraus, daß der Bundesvorstand und die Versammlungsleitung im Verein mit dem Vertreter der Zentralkommission ein

ein Dutzend Anträge unterzulegen

haben. Dabei solche, die rechtlich beim Bundesvorstand eingegangen sind, ohne von ihm mit den übrigen Anträgen veröffentlicht zu werden. Hier zeigt sich sehr drastisch, mit welchen streptischen Methoden der Wille der Mitgliedschaft vergewaltigt und unterdrückt wird. Erst auf den lebhaftesten Protest der Delegierten bequeme sich die Versammlungsleitung, die betreffenden Anträge zu suchen. Der Bundesvorsitzende Flegel machte dann den Versuch, die Anträge nur flüchtig zur Kenntnis zu geben. Die Delegierten bestanden aber auf das Verlesen der Anträge. Flegel verliest darauf die Anträge.

Thomas, Breslau, bemerkt, daß er es sehr merkwürdig finde, daß die Anträge auf dem Tisch des Bundesvorstandes liegen, er sie zuerst nicht findet und später erklärt, daß er absichtlich solche gemeine Anträge nicht veröffentlicht habe und zu unterließ die Zulassung zur Behandlung hinterzuziehen. Der Bundesvorstand, der nach seiner Wahl erklärte, in ehrlicher Weise mit den Genossen zusammenzuarbeiten, zeigt, daß kein erster Schritt nach der Neuwahl, den er getan hat, in direktem Widerspruch steht.

Auf droht der Opposition mit Maßnahmen, falls die Opposition ihren Kampf nicht aufgibt.

Koch, Dresden, begründet einen Antrag, wonach schicksalhafte Wettkämpfe mit dem Reichsbanner und dem republikanischen Schichtartell nicht ausgetragen werden dürfen. Dagegen ein wüster Skandal der anmelenden Delegierten, die gleichzeitig Mitglieder des Reichsbanners sind.

(Fortsetzung folgt)

Die organisierte Provokation im VfFuS Dresden

Dem Beispiel von Berlin, Leipzig, Thüringen und anderen Bezirken im Verband für Freizeitsport und Freizeitsportleitung folgend, soll nun auch in Dresden die oppositionelle Unterbezirksleitung mit allen Mitteln, auch mit den gemeinsten, beiläufig werden. Die Berichterstatterin von der Generalversammlung bemerkt, daß die übergeordnete Mehrheit der Reichsbanner in Dresden Unterbezirk nichts wissen will von dem Koalitionskurs der SPD-Führer, und daß die Maßnahmen der zusammengekauften Generalversammlung von der übergrößen Mehrheit der Mitglieder abgelehnt werden. Mit welchen Mitteln nun jede Kulturarbeit der Unterbezirksleitung unterbunden werden soll und wie die Spaltungspolitik auch in Dresden durchgeführt werden soll, zeigt die erweiterte Unterbezirksleitungssitzung am 1. September.

Unter Eingängen wurde ein Schreiben des vorbereitenden Ausschusses zum Volksentscheid gegen Panzerkreuzer verlesen. Ein parteiloser Genosse erklärte laudlich, daß die Freizeitsportler ein großes Interesse an der Behinderung eines neuen Volkermordes haben müssen und somit die Beteiligung an dem Volksentscheid gegen Panzerkreuzer den kulturpolitischen Richtlinien der SPD entspricht. Scharf wurde der Kulturbauabsatz der neuen Statuten kritisiert, welcher den einzelnen Ortsgruppen unterlegt, sich an politischen Kundgebungen zu beteiligen oder Aufrufe zu unterzeichnen. Das SPD-Mitglied Grunert bezeichnete den Volksentscheid als Aufgabe der Partei und behauptete, die Freizeitsportler

Erinnerungsblätter vom 3. Sächsischen Arbeiter-Turn- und Sportfest

Die Herausgabe der Erinnerungsblätter hat überall Freude ausgelöst. Gesamtschöne Ausstattung, fünfzig gute Bilder, in einer besonderen Einlage die Resultate von allen Spielen und Wettkämpfen, so bietet das Fest eine wirklich keine Erinnerungs-gabe. Preis 1 Mark. Die erste Auflage ist nahezu vergriffen. Ein Nachdruck wird sich notwendig machen. Vereine und Abteilungen müssen daher sofort bestellen beim Verlag Sächs. Arbeitersport, Dresden-N., Wettinerplatz 10.

hätten sich mit politischen Sachen nicht mehr zu befassen. (1) Als ein zweiter Genosse nochmals dazu sprechen wollte, setzte unter Führung des Bezirksvorstandesmitglied Genosse ein wüster Tumult ein.

Schramm (SPD) erklärte wütend aus: „Wir lassen niemanden mehr reden, wenn man vom Panzerkreuzer anfangen will!“

Schramm ging sogar so weit zu erklären, er sei der älteste Freizeitsportler hier im Saal, und dementsprechend hätten die jüngeren von der Opposition gar nicht zu Kulturarbeit reden können. (Frankfurt macht Schule für Schramm!) Mit welcher Abicht diese Provokation vorgenommen wurde, zeigt folgende Bezeichnung des Schramm: „Ich bringe es fertig, meine ganze Gruppe zum Bund sozialistischer Freizeitsportler überzuführen!“

Das Vorhaben einiger SPD-Führer zeigt deutlich, daß die SPD im Interesse der Koalitionspolitik eine auf marxistischer Grundlage liegende Freizeitsportbewegung nicht mehr ertragen kann und deshalb die verzweifelten Anstrengungen, den Verband zum Bestallungsverein zu gestalten, nicht dulden will als Kampforganisation gegen die Kulturreaktion. Deshalb werden die entscheidenden Freizeitsportler ausgeschlossen. Mit der oben geschilderten Provokation sollte erreicht werden, dem Hauptvorstand Material für die Auflösung der UZ-Verteilung zu liefern. Wenn dann trotz der Titulaturmethoden sich die Mitgliedschaft für die Opposition entscheidet, so wird man nach den Ausführungen des Genossen Schramm die Spaltung in Dresden noch weiter durchzuführen.

Interessant wäre zu erfahren, ob auch vom Bezirksvorstand beantragt war, diese gemeine Provokation durchzuführen, wenn nicht, dann soll die Bezirksleitung erklären, ob sie mit der Art und Weise des Genossen Fuchs in fraglicher Sitzung einverstanden ist.

Neben ehrliche SPD-Genosse wird von solchen Methoden abtrüben und sich gegen jede Verhinderung stellen, die zum Reformismus führen muß, werden, und wird gegen Koalitions-politik, gegen Panzerkreuzer, gegen die Spaltungspolitik mit der revolutionären Opposition in einer Front stehen. Wer eine proletarische Freizeitsportbewegung und keinen kleinbürgerlichen Freizeitsportverein will, der muß sich der Opposition kämpfen gegen alle reformistischen Spalter und für die Einheit der Freizeitsportler auf revolutionärer marxistischer Grundlage. Die Mitgliedschaft muß hier den Funktionären deutlich sagen, daß keine Rundtombung der Opposition dulden wird.

KORSO



58

Die neue Sensation.

„Vorwärts“-Theorie und Wiffell-Praxis

Ueber eine halbe Million Erwerbslose ohne Unterstüfung / Die SPD gesteht die Verbrechen

E. St. Jedesmal, wenn die Sozialdemokratie einen Betrag an den Arbeitern verbrüht hat, benutzt sie als Ablenkungsmanöver das Erwerbslosenproblem. Nachdem das Mandat, den Arbeitern einzureden, daß die Neuregelung in der Krisenfürsorge ein Erfolg sei, mißglückt, bringt nunmehr der Vorwärts vom 31. 8. und nach ihm scheinlich die ganze SPD-Presse einen neuen Artikel mit der Forderung nach einer Reichsarbeitslosenfürsorge.

Ganz richtig wird jetzt festgestellt, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht im entferntesten den berechtigten sozialpolitischen Ansprüchen genügt. Während noch im Januar d. J. von hundert Erwerbslosen 24,2 nicht unterstüft wurden, stieg diese Zahl bis zum Monat Juli auf 43,3 Prozent. Durch diesen steigenden Prozentsatz betrug die Zahl der Nichtunterstüften seit dem Januar rund 500 000. Der Vorwärts bezeichnet dieses als unahaltbar. Nur merkwürdig, daß er erst ein ganzes Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes hiervon Kenntnis nimmt und daß er erst im August 1928 entbedt, daß seit fast einem Jahr eine halbe Million Arbeiter ohne regelmäßige Unterstüfung dabinweggeraten müßten. In Wirklichkeit ist die Zahl der nicht genügend Unterstüften bedeutend höher. In der Statistik der Krisenfürsorge werden auch diejenigen geführt, die infolge der Bedürftigkeitsprüfung und Anrechnung der Verdienste ihrer Angehörigen oft nur eine Mark die ganze Woche Unterstüfung bekommen. Auch die untersten Gruppen der vom WABG Erfaßten können von dieser Unterstüfung nicht leben. Somit erhöht sich die Zahl derer, die besonders unterstüft werden müssen, auf mindestens eine 1/2 Million. Mit der Beendigung der Saisonarbeit werden mindestens 800 000 bis 1 Million neu erwerbslos werden, wenn nicht durch Konjunkturschwankungen ein viel stärkerer Zustrom zu verzeichnen ist. Mindestens 25 Prozent von denen werden die Bestimmungen des WABG nicht erfüllt haben und keinerlei Unterstüfung bekommen.

Alles das sind keine neuen Erscheinungen. Schon bei der Beratung des Gesetzes im Sommer 1927 wurde in den Ausschüß- und Plenarberatungen von Seiten der kommunistischen Partei immer wieder darauf hingewiesen, daß die von der Sozialdemokratie geforderte Form des Versicherungsgesetzes eine bedauerliche Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge bedeutet und eine ganze Reihe von Vorstüßen wurden gemacht, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Die SPD stimmte mit den Vertretern des ihr angeblich so verhassten Führerblocks gemeinsam gegen unsere Forderungen. Aufhäuser erklärte in der Wählversammlung und in allen Gewerkschaftsversammlungen es wiederholt, daß dieses Gesetz im weitestgehenden Maße die Forderungen der Arbeiter erfüllt und jeder berechtigten Rechtsanspruch auf Unterstüfung erhöhe. Der Vorwärts vom 31. August behauptet die Richtigkeit unserer Kritik, er erklärt, daß mit der größten Beschleunigung für Abhilfe gesorgt werden muß.

Die neueste Parole des Vorwärts ist nun die Reichsarbeitslosenfürsorge. Wie dieselbe aussehen soll, verrät er auch:

Die Forderungen des Reichstages in der Entscheidung vom 10. Juli können den Notstand lindern, doch nicht beseitigen. Dazu ist eine gesetzliche Neuregelung in Form einer umfassenden Reichsarbeitslosenfürsorge notwendig, die alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen erfasst, soweit sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstüfung haben, oder ihr Anspruch erschöpft ist.

Das würde also bedeuten, daß neben dem WABG ein neues Gesetz entstehen soll, und das die Mittel für diese Fürsorge durch Beiträge der Arbeiter aufgebracht werden sollen, daß also neben der jetzigen gesetzlichen Versicherung, die im Oktober 1927 außer Kraft getretene Fürsorgeverordnung, wenn auch in veränderter Form wieder ihre Aulertung feiern soll.

Die vom Vorwärts angegebene Parole der SPD ist nicht nur ein Eingeständnis ihres eigenen Bankrotts und die Bestätigung, daß die Unternehmer ihr Ziel erreicht haben, sondern auch ein neues Verwirrungsmanöver, um die Arbeiter davon abzuhalten, daß sie gegen die Sabotage des SPD-Ministers Wiffell kämpfen.

Wir sagen: Schnelle Hilfe tut not und um diese zu erzielen, braucht man kein neues Gesetz. Will man wirklich helfen, so gibt es zwei ganz konkrete Möglichkeiten, von denen eine sofort erfüllbar ist. Die Entlassung des Reichstages vom 10. Juli muß eine Richtlinie für den Reichsarbeitsminister sein. Er hat das Recht, weitergehende Verordnungen zu erlassen. Der § 101 bestimmt ausdrücklich, daß „der Reichsarbeitsminister hat“... d. h. er ist dafür verantwortlich, daß rechtzeitig in umfassender Weise Verordnungen in der Krisenfürsorge erlassen werden. Während der Vorwärts aber die Not der Erwerbslosen angeblich bejammert, pleißt der Parteiminister Wiffell auf diese Forderungen.

Wiffell hat die Möglichkeit, durch eine einzige Verfügung schon morgen allen Ausgesetzten und solchen, die die Schwere Anwartschaft nicht erfüllt haben, in die Krisenfürsorge hineinzunehmen und den bereits völlig Ausgesetzten noch weitere

12 resp. 20 Wochen die Unterstüfung nachholen zu lassen. In Wiffells Händen ist es gerade die Bedürftigkeitsfrage neu zu regeln, d. h. so zu erleichtern, daß wenigstens ein paar Mark zur Auszahlung kommen. Wiffell hat die Möglichkeit, die im September 1927 ausgesprochenen gestützten Sätze in Einklang mit den gesetzlichen Versicherungsgesetzen zu bringen.

Wenn also Hunderttausende hungern, so ist nicht die Reaktion nicht ein schlechtes Verbrechen, sondern derjenige Schuld, der von seiner Macht, Erleichterungen zu schaffen, nicht Gebrauch macht. Dieser Mann ist der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell.

Die zweite Möglichkeit ohne ein neues Gesetz ausreichende Hilfe zu schaffen, besteht in der Abänderung des WABG. Es darf nicht vergessen werden, daß von Seiten der kommunistischen Fraktion im Oktober 1928 und auch in späteren Zeitpunkten wiederholt Vorschläge gestellt waren, die darauf hinzielten, allen Erwerbslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit ausreichende Unterstüfung zu geben. Auch hier stimmte die SPD mit den Bürgerblockparteien gegen diese Hilfe für die Arbeitslosen.

Um zu erreichen, daß die Verletzung der Arbeitslosen sichergestellt ist, müßte beschlossen werden:

1. Befreiung der 20wöchigen Anwartschaftsfrist.

Reformistische Intrigen

Wie die DDB-Opposition in Dippoldiswalde mundtot gemacht werden soll — Herr Wiffell und eine seine Nummer

Wie allerorts im Reich so wird auch in Dippoldiswalde schon seit langer Zeit daran gearbeitet, um in der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die immer noch am weitesten Oposition auszurufen. Dieser ist es den kleinen Kerngruppen der parteifremden Sozialdemokraten am Ort noch nicht gelungen, das erhoffte Ziel zu erreichen. Die Durchführung ihrer Politik scheiterte bislang an dem energischen Widerstand der Oposition und den mit ihr unpatiblen Kollegen der Zahlstelle. Der Kampf der Reformisten richtete sich in erster Linie gegen die Führung der Oposition, und zwar gegen die Genossen Holzschuh, Trubig und Keier. Man hoffte, daß mit der Erledigung dieser drei Kollegen der Oposition die Führung gewonnen werde. Da man irgendwelche Gründe zum Ausschluß nicht finden konnte und auch nicht mit dem Schein des Rechtes den Ausschluß aus der Organisation zu wagen verstand, suchten andere Mittel und Wege gefunden werden, um die Oposition zu schwächen. Man ging deshalb dazu über, diese Genossen in andere Verbände abzuwandeln. Genosse Trubig wurde gewonnen, am 1. Juli zum Bauarbeiterverband überzutreten, weil er als arbeitsloser Metallarbeiter zuerst auf dem Bau Arbeit gefunden hat. Genosse Keier mußte zum Holzarbeiterverband überzutreten und wird dort ebenso wie Genosse Trubig, keine Arbeit im Sinne der Oposition finden. Bei dem Genossen Holzschuh gelang der Plan bisher noch nicht, obwohl man bereits alles anstellt, um den unliebsamen Kritiker loszuwerden. Da nun es sich, daß der „altbewährte“ Hauptkassierer Wiffell von der Dippoldiswalder Zahlstelle des DDB sein Amt niederlegte. Es machte sich die Neuwahl des Hauptkassierers notwendig. In der Generalversammlung im Juli wurde die Neuwahl vollzogen. Dabei wurde u. a. auch der Kollege Holzschuh als Kassierer in Vorschlag gebracht. Auf ihn entfielen 18 Stimmen, während der kommunistische Emil Eberlein nur 8 Stimmen erhielt, auf den Kollegen Ulrich entfielen in der gleichen Versammlung 7 Stimmen. Trotzdem Kollege Holzschuh mit überwiegender Mehrheit gewählt war und sich auch bereit erklärte, das Amt anzunehmen, erklärte der Verbandsvorstand, daß der bekannte Überstandenehmer Wiffell, daß der Genosse Holzschuh zu seiner Wahl nach die Bestätigung der Bezirksleitung und des Hauptverbandes haben müsse. Genosse Holzschuh dürfte vorläufig bis ihm anvertraute Kassiereramt nicht verwalteten. Wiffell, der Bevollmächtigte der Zahlstelle, übernahm das Amt bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit und kassierte selbstverständlich auch neben seinen 20 Mark Gehalt für das Amt des Bevollmächtigten noch die Entschädigung für den Kassierersposten. Es verging nun eine Woche nach der anderen die Bestätigung des Hauptverbandes traf nicht ein. Endlich nach etwa 4 Wochen erhielt Genosse Holzschuh ein Schreiben von der Ortsverwaltung, daß er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in den Bauarbeiter-Verband zwangswise umgezogen werden soll, da er bereits eine Woche auf dem Bau arbeite. Es muß bemerkt werden, daß der Genosse Holzschuh sehr wenig Lust hat, in Dippoldiswalde in der Metallbranche weiter unterzukommen, da er von den hiesigen Unternehmern infolge seines Auftretens im Interesse für die Arbeiter auf die Schwärze Seite gesehen worden ist. Holzschuh macht es nicht so wie Herr Wiffell, daß er mit den Unternehmern aus einer Kiste raucht. Holzschuh ist deshalb gezwungen, sich irgendwo Arbeit zu suchen. Und Wiffell wartet deshalb so lange, bis Holzschuh Bestätigung als Bauarbeiter gefunden hat, um dann eine Ge-

2. Befreiung der jetzt gültigen Unterstüfungsdauer von 26 Wochen und Zahlung der Unterstüfung für die Dauer der Arbeitslosigkeit.
3. Befreiung der Karenzzeit.
4. Erhöhung der untersten Unterstüfungsguppen um ein Bedeutendes.

Wenn der Vorwärts darüber jammert, daß kein Geld in den Kassen der Reichsanstalt sei, so erinnern wir an den Beschluß des Kopenhagener Kongresses von 1910. Damals beschloß die sozialistische Partei, daß eine Erwerbslosenversicherung zu schaffen ist, die von den Arbeiterorganisationen verwaltet wird und daß die Besitzer der Produktionsmittel die Kosten aufzubringen haben.

Wenn man das Geld für Panzerkreuzer, Rüstungszwecke und Vereschat, die von der SPD der kapitalistischen Republik bewilligt werden, benutzt, um eine umfassende Erwerbslosenversicherung zu schaffen, werden sicherlich alle Arbeiter damit einverstanden sein. Daß diese Forderungen nicht auf dem Wege des Kuhhandels und der Kompromisse gegenüber der Bourgeoisie zu erreichen sind, das ist selbstverständlich. Die Bourgeoisie gibt wohl ihr Einverständnis zum Bau von Panzerkreuzern, nicht aber für Erwerbslosenhilfe.

Was die Arbeiter also verlangen, sind nicht neue Gesetze, Verordnungen, die im Wollen-Kaufschheim liegen, sondern Ausnutzung der realen Möglichkeiten für die sofortige Hilfe. So lange der Vorwärts aber kein Papier beschert und Wiffell labortiert, erkant jeder Prolet, daß die SPD nur ein Verwirrungsmanöver verliert und kein denkender Arbeiter wird darauf hereinfallen.

legenheit zu haben, den Genossen Holzschuh der zukünftigen Organisation zu überweisen. Als Holzschuh nach Erhalt des Schreibens — es war gerade Sonntag — sich in die Wohnung des Herrn Wiffell begab, um mit ihm wegen dieses unerhörten Verhaltens Rücksprache zu nehmen, konnte er von der Frau Wiffell erfahren, daß ihr Mann am Tagperabend in Vernehmung überhört worden sei. Die gleiche Entdeckung mußte ihm Parteifolge John machen, der Herrn Wiffell zur Arbeit für das Parteibüro holen wollte. Als der Genosse Holzschuh seine Arbeit niederlegte, wurde ihm von Wiffell gnädig gestattet, bis auf weiteres Mitglied im Metallarbeiter-Verband bleiben zu können, da ja bekanntlich Arbeitslose zu einer anderen Organisation nicht überbetreten können. Zwischen aber traf auch die bestellte Richtbefähigung des Hauptverbandes ein, in der zur Begründung gesagt wurde, daß Kollege Holzschuh zwar Mitglied bleiben, aber das Kassierersamt deswegen nicht übernehmen könne, weil er nicht mehr in der Metallbranche arbeite.

Der alte Hauptverband hat aber nichts dagegen einzuwenden, daß der Kollege Holzschuh beispielsweise noch heute als Kassierer tätig ist, obwohl er schon 5 Jahre in der Landwirtschaft beschäftigt ist. Doch nun kommt das Schlimme. In einer Funktionärssitzung, die in der Wohnung Wiffells und im Beisein des Bezirksleiters Veste stattfand, wurde, ohne die Mitglieder zu fragen, der vorherige sozialdemokratische Unterfasser Emil Eberlein, auf den bei der Wahl mit Rot und Blau 8 Stimmen entfielen waren, als Hauptkassierer gewählt und vom Bezirksleiter sofort bestätigt. Wiffell hat es bisher noch nicht gemagt, diese schändliche Handlungsweise vor der Mitgliedschaft zu verteidigen.

Wer ist denn nun eigentlich dieser neue Hauptkassierer, der das Vertrauen des Bezirksleiters und des Hauptverbandes in so unangenehmer Weise mißbraucht? Mit einigen Strichen sei ein kleines Charakterbild entworfen.

Eberlein huldigt dem Grunddog: Non olet! Geld rinkt nicht. So hat er vor kurzem als Kassierer bei einem Verbandsrat für 2 Mark Entschädigung des Christofren getragen. Dieser Ausschuß stellt beim Schwarz-weiß-roten Regelfuß die Regel auf. Bei Schönen- und Militärvereinsfestlichkeiten fungiert er als dienstbarer Geist und produziert sich als Altruistenskomiker. Als ehemaliger Vertriebsrat sorgte er dafür, daß Kollegen monatlang aus Straßensplaster fliegen, damit er und seine Getreuen weiterhin Überbetunden schreiben konnten. Alles in allem: wahrhaftig eine seine Nummer!

Und solche Felder werden hinter dem Rücken der Kollegen zum Hauptkassierer bestimmt. Wie schlecht mag es doch um die Sache der Dippoldiswalder Reformisten bestellt sein, wenn sie mit solchen Glanznummern glauben die Oposition aus dem Felde schlagen zu können. Nur so weiter. Dann wird die Sache der organisierten Metallarbeiter noch schneller als bis her erkennen, daß es höchste Zeit ist, mit diesem Intrigenstück aufzuräumen und Herrn Wiffell und seiner Garde das Handwerk zu legen. (Arbeiterkorrespondenz)

Verantwortliche Redakteure: für Text- und Bildredaktion: Rudolf Kerner; für Redaktion, Geschäftsleitung, Sport und Feuilleton: Richard Spang; für den Verlagsenteil: Arthur Gutzert, händisch in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsanstalt — Druck: „Sonntag“ Druckereibetriebe Dresden

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanski

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(41. Fortsetzung)

Ein Soldat fiel Andrej besonders auf. Sein Kopf war seitwärts gedreht und baumelte auf einem langen Hals wie auf einem Faden. Es war, als lauschte er auf etwas, was sich mit jedem Schritt immer mehr näherte. Sein Gesicht war zu einer Grimasse verzerrt und der Mund so fest zusammengepreßt, daß die Kleinfingerringe wie Knochen hervortraten. In dem schwarzen Kreis der Augenwimpern saßen gläserne erstarre Augen. Die ruhigen Schatten der über die Allee herabhängenden Zweige schwammen darüber hin.

Der Soldat war blind.

Da überflog Andrej mit einem kurzen Blick die an ihm vorbeischießende Menge.

Die Gesichter der vielen Duzende und Hunderte Menschen schienen ihm ein einziges zu sein. Und als er aufmerksam in dieses einzige Gesicht schaute, stieß er einen lauten Ruf aus.

Es war das Gesicht Karl Eberlods, das er im Erlanger Museum und dann später im Traume gesehen hatte, als sich der purporrote Kopf überlegte, ob er niedersinken oder auf der Stiege hängen bleiben sollte. Doch — o Schreden, Schreden! — über das Gesicht des Mörders, der mit offenen Augen das Schafott bestiegen hatte, um nach seinem Tode aus dem Splittungsgefäß im Erlanger Museum schamlos die Menschen anzublicken, über dieses Gesicht flossen jetzt Tränen herab.

Andrej sah die Menge nicht mehr. Nicht vor ihm, erschreckend nahe, nicht weiter entfernt, als der menschliche Atem reicht, pendelte das Gesicht Eberlods'. Die blauen Lippen des Fingerzählens bebten, öffneten sich und Eberlods sprach wie im Traum:

„Italiener. In Triest gefangen genommen.“

Dann hingelte er ihm durch Tränen zu und sprach: „Dieses Gas heißt Giftkreuz, ausgezeichnete Marke!“

Die Stimme schien Andrej traurig zu klingen. Vielleicht, weil diese Worte einer der schwächlichen Begleitersoldaten der Blinden sprach?

Er blieb neben Andrej stehen und sagte einige Worte aus Witzgefühl und Gefelligkeitsbedürfnis. Dann lief er nach seinem Platz zurück.

Der lautlose Zug strömte unaufhörlich die Allee entlang, und zahllose Hände stolpten in den Raum. Die düsteren Landsturmmänner, die den Zug abschloßen, trieben die Zurückbleibenden sanft vorwärts, die darauf an die Herzen der Vorangehenden stießen und die Körper empormarten, als horchten sie, was sich ihnen mit jedem Schritt näherte. Wahrscheinlich vernahmten sie bereits die Feilhebe, die den Bau der Baracken dem Ende zuführten.

Eberlods tränendurchflutetes Gesicht zerfiel in der Luft der Wärdämmerung. Der Vorn der schwarzen Stiefel legte sich ging in ein unterirdisches Brüllen über und verdünnte sich zu dem Klüffeln des erwachenden Frühlings. Der Park der Gärten Leichte harzte des Abends.

Andrej sah nun sich. Auf der gegenüberliegenden Seite der Allee stand Karie, an den Baum gelehnt mit geschlossenen Augen. Sie stand wie an den Baumstamm festgebunden, und ihre Arme hingen hilflos herab. Andrej rümpfte zu ihr; er rief sich mit Gewalt nach dem Stück Erde los, das ihn in Erstarrung festhielt. Karie öffnete die Augen. Andrej sah sie an den Händen. Sie waren kalt und zitterten wie im Fieberfrost.

„Unser Rendezvous...“ sprach Andrej.

Karie versuchte zu lächeln:

„Ich kann nicht“, erwiderte sie, „heute nicht.“

Dann ließ sie den Baum los und hob die Schultern.

„Ich will heute nicht sprechen — Ich kann nicht.“

Sie brühte seine Hand.

„Ich werde Ihnen vielleicht wieder schreiben.“

Sie wandte sich um und ging dorthin, wo zu jener Jahreszeit leere Straßenbahnwagen hielten.

Sein stummer Blick folgte ihr.

Und wieder: Sommer!

In diesem Sommer fand der erste Zusammenstoß zweier Staaten auf offener See statt. Die Schiffe, die erbaut worden waren, um andere zu zerstören und selbst zugrunde zu gehen, verließen an einem und demselben Tag und zur gleichen Stunde wie magisch gelent ihre Häfen. Die Stelle des Zusammenstoßes lag im Stageral, zwischen Nord- und Ostsee. Der Sieg war beiden Geschwadern sicher, da beide sich für die stärksten auf Erden hielten.

Alle Staaten hatten sich immer für die stärksten; das ist notwendig, damit jeder noch so alte Regimentsgaul, der mit

seiner verrosteten Feldküche einherklappert, an seinen Sieg glaubt.

Beim Stageral besetzte die englische Marine die Marine Deutschlands, und die deutsche Marine besetzte die Marine Englands. Aber tatsächlich unterlag in dieser Schlacht nur die Logik. Den Sieg über die Logik feierten zugleich die beiden Sieger, England und Deutschland; nur jene englischen und deutschen Seeleute, die die Wellen aus dem Stageral in die offene See hinaustrieben, feierten nicht mit.

Die deutsche Bevölkerung wurde an Hand von Diagrammen darüber aufgeklärt, daß die Seemacht Großbritanniens unwiderstehlich zerstört und daß das unter unglücklich glücklichen Umständen gelandete sei, da die deutschen Verluste geradezu lächerlich klein seien.

Die englischen Zeitungen hingegen versuchten an Hand von Kartogrammen zu beweisen, daß die deutsche Kriegsmarine als vernichtet anzusehen sei und daß dies mit im Grunde genommen ganz unbedeutenden Verlusten Großbritanniens habe erreicht werden können.

Bischofberger hatte somit allen Anlaß, in diesen Tagen eine Feier abzuhalten. Es hatte hierzu um so mehr Anlaß, als die Ankunft S. M. des Königs von Sachsen erwartet wurde. Man mußte doch den hohen Besuch ehrenvoll und prächtig empfangen. Ein solcher Besuch, kam nicht allzuoft nach Bischofberg; es war erst das zweite Mal. Und da man jeden hohen Besuch stets mit irgendeinem bedeutenden Ereignis zu verknüpfen pflegt, hatte man, obwohl S. M. der König von Sachsen nur zur Jagd in die Berge von Bischofberg gekommen war, naturgemäß seine Ankunft mit dem Siege über Großbritanniens Marine in Zusammenhang gebracht. Man ehrte und pries ihn als den eigentlichen Genius der Schlacht bei Jütland...

Der König wurde am Bahnhof von den Militärbehörden empfangen. Von dort mußte er ins Rathaus fahren, um hier die Huldbigung der Staatsbehörden entgegenzunehmen. Zwei Stunden später, sollten sich ihm die Wohltätigkeitsvereine vorstellen.

Dlengestanden war dieser historische Tag für die Bischofberger eine Enttäuschung. Sie hatten unendlich viel Stärke derbebraucht, um die Unterröde, Hemden, Manschetten und Kragen entsprechend in Ordnung zu bringen. Sie erwarteten Seine Majestät mit Orden, Schleifen und Sternen geschmückt, in prächtiger Begleitung und von der Schloßwache umringt zu sehen, aber der König kam im Sella mit einem weichen Tolerhut und einer Bajonettenkappe dazu.

(Fortsetzung folgt.)

NEUGERSDORF

M. Göhde, Uhrmacher, Albertstr. 15

GUSTAV PENTER, Albertstraße 67543

Robert Bundesmann, Quer-Blasstr. 4

Stadtsparkasse NEUGERSDORF

verzinst Sparanlagen mit 5 Proz. bei täglicher Verfügung

DEUTSCHES KAUFHAUS, Hauptstraße

Aug. Kloth, Bürgerweg Nr. 23

Heinrich Schuster, Hauptstraße

Schuhhaus Emil Hartmann, Hauptstraße

C. Jul. Röhlig, Hauptstraße

Kurt Usemann, Weststraße 2

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt

Reinhold Röhlig, Friseur, Carolstraße 46

Paul Wagner, Manufaktur- u. Modewaren

Hommels Schokoladenhaus, hat den feinsten Kaffee

Oskar Winkler, Bismarckstraße 4

Restaurant Hubraum, Martin-Lutherstraße 15

EMIL GUNDEL Eisenwaren & Werkzeuge

Optik & Photo ARTHUR FIRL

Gas-, Wasser-, Heizungsanlagen Richard Kolher

Martin Polnik, Melasseprodukte

Friedrich Saatz & Co, Libauer Straße

Richard Haase, Schifferstr. u. Schirmreparatur

Kreuz-Apotheke, Neugersdorf, Hauptstraße

Neal Salon-Gesellschaftswagen

Sallmann, Filippisdorf, Telefon 2 1 5 3

Hirsch-Lichtspiele, Reibensdorf

GUSTAV HILLE, Schulstraße 17

„Wachtschenke“, empfiehlt d. Elbewehrschiff ihre Lokalbühnen

OTTO WENKE, Am Bahnhof

Fa. Hugo Mühl, Volksbadstraße

Vogeländische Gardinen kauft man vorteilhaft im Spezialgeschäft von Hermann Karl Michaeli

Wilhelm Grohmann, Malermaler

Adolf Schuster, Albertstraße 32

Restaurant „Schweizerhaus“

EBERSBACH

Gashaus zur Krone, Kurt Seidel, Hauptstraße 447

Hotel Kretscham, Groß- und kleiner Hof

PAUL SCHNEIDER, Hauptstraße 82

Feinbäckerei und Konditorei Arthur Möbius

Max Köhler, Hauptstr. 100

Hedwig Wendler, Neusalzaer Straße

Schnittwaren, Spezialität: Reste aller Art

Fa. R. Wünsch, (Inh. Richard Alber)

Mineralwasserfabrik, König-Albert-Straße 567 y

Hollmann, Oberer Stadteil 156

Reinhold Schäfer, Hauptstr. 527

Albert Mey, Oberer Stadteil - Hauptstraße

Johannes-Apotheke, Hauptstraße

Brof-, Weiß- und Feinbäckerei Oswald Oelsner

Walter Diebner, Hauptstraße 32

Friedrich Heibe, Hauptstr. 33

Arthur Neitsch, Hauptstr. 31

Dein eigenes Geschäft und deine eigene Sparkasse ist der Konsumverein für Ebersbach u. Umgegend

Feine Fleisch- und Wurstwaren Oswald Maywald

Kolonialwaren / Spezialität: Klemm-Keller

Alwin Nempel, Marktplatz

Gasthof Weintraube, Paul Seidel, Ebersbach - Spreedorf

Herm. Tietze, Mittelstraße 555, Ruf 5295

Emil Ebermann, Mittelstraße

BAUTZEN

Kaffeerösterei u. Kolonialwaren Georg Nitsche

Trinkt die erstklassigen Biere der Bautzener Brauerei und Mälzerei AG

Vogtl. Gardinen, Wäsche, Wachsleue / Billige Preise

Roß-Fleisch- u. -Wurstwaren, empfiehlt Kurt Kaiser

Molkerei Bautzen - Saldau, Filiale, Ziegelstraße 14

Wäsche-Spezial-Geschäft, Karl Milbauer

Sparen Sie regelmäßig bei der Sparkasse der Stadt Bautzen

Alfred Wolf, Schillerstraße 7

Eisenwaren Werkzeuge, Paul Seidler

Drogerie / Parfümerie / Photohandlung Johannes Teich

Brof-, Weiß- u. Feinbäckerei Oskar Voigt

Tabak- und Schreibwaren, M. u. A. Zocher

Glas / Porzellanwaren, Herm. Gläsel

Otto Selige / Kolonialwaren, Aulstraße 38

Alwin Pech, Schuhhaus

Hüte / Mützen / Pelzwaren, C. E. Rinke

Täglich frische Seefische Fischhaus „Nordsee“

Paul Härtwig, Siebergasse 7

RICH. FRENZEL, Gerberstraße 2

Markthalle, Carl Becker

Damen- und Herrenflour, Erich Lehmann

Drogerie und Photo-Handlung, Gahr Miersch Nachf.

Walter Hofmann, Libauer Straße 37

Fleisch- und Wurstwaren, Paul Smarsly

J. Hampel, Kesselsir. 11

Otto Hoyer, Rosenstraße 2

Kleiderstoffe und Konfektion, Paul Otto

Sprechapparate, Musikhaus R. Siegemund

Lebensmittel, August Wolf

Zigaretten, Zigarotten, Tabakwaren

Paul Herrmann, Große Brüdergasse 8

Otto Schmalzer, Moltkestraße 7

Gardinen Wäsche, Bräuer

SEBNITZ

Rich. Böhme, Rosenstraße 4

Billigste Bezugsquelle für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung

Willy Roschig, Langestraße 35

Willy Baum, Spezialgeschäft für Südfrüchte

Gustav Böde, Knöchelstraße 34

HERMANN ZIRNSTEIN, Sattlerei und Pelzermöbelgeschäft

Emil Fendler, Böhmisches Straße 3

Kolonial-, Fleisch-, hausschlacht Warenwaren

Otto Schulze, Nikult- und Kebabeklei

Arno Schulze, Markt 9

MARKT-DROGERIE, ADOLF ZICK

Friedrich Schade & Sohn, Am Markt

G. Pschichholz, Markt

Herbert Siegmund, Hertzogstraße 1 J

Conrad Brenner, Markt 26

Haus- und Küchengeräte, Oswald Muschler

August Posselt, G. m. b. H.

Dampfmolkerei Ostritz G. m. b. H.

Konfektionshaus Wöhl, E. L. - Kretschmer-Straße 198

Alfred Hübner, Lederhandlung

R. BUDER, Buch- & Papierhdlg.

Konditorei, Arnold

Kretscham, Niederoderwitz

Hermann Rothmann / Nr. 193

Emma Oelrich / Nr. 239

Max Hoffmann, Brof- u. Feinbäckerei

Emil Johnel / Siedlung Nr. 522 d

Hermann Lange / Siedlung Nr. 522 E

Rudolf Lässig, Bäcker

Schwitzke Ww. Nachf., Inh. A. Dietrich

Musik-Klein, Schützenstraße 146

Jung E. Fröhlich & Co., Breite Straße 108

Taubmanns Restaurant, Mittel- dorf 136

Paul Micklisch, Nr. 74

Pflicht- und Wurstwaren, Emil Friedrich

Otto Lehmann, Bäcker

Max Kretschmar, Bäcker

G. Pfeiffer, Kolonialwaren

Konditorei und Café, Kurt Schäfer

Fleisch- und Wurstwaren, FRITZ LEHMANN

PAUL WEIGELT, Sämtliche Artikel für Starkstrom

F. Birnbaum, Glas-, Porzellan-, Haus- und Küchengeräte

NIEDERODERWITZ

Café und Konditorei, FELIX PRESCHER, Nr. 281

Zum Sandberg, Gasthof mit Fleischerei

Alfred Goldschmidt, Brof-, Weiß- und Feinbäckerei

DRUGERIE WINTER, G. A. Preibischstraße 180

Werbi neue Abonnenten!